

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Welle) Ernst Witzmann, Magdeburg, Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg, Druck und Verlag von W. Plannsch u. Co., Magdeburg, Weichsels-Heide: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1887. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 3, Fernsprecher 861.

Bestimmungs- und Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frachtposten) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Abonnent in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.80 Mk. In der Expedition und bei Ausgabestellen monatlich 2 Mk. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf., Anzeigengebühren: die Leinwandspalte 15 Pf., anderwärts 25 Pf., im Restamtlich 50 Pf., Postgebühren 20 Pf.

Nr. 31.

Magdeburg, Mittwoch den 7. Februar 1906.

17. Jahrgang.

Die württembergische Wahlreform.

Ein bedeutungsvoller und heftiger parlamentarischer Kampf, der namentlich im Hinblick auf die kraftvollen Anstrengungen unserer norddeutschen Genossen um die Schaffung eines demokratischen Staats- und Verfassungslebens weit über die Grenzen des schwäbischen Königreichs hinaus Interesse beansprucht, hat am Freitag in der württembergischen Kammer der Abgeordneten seinen Abschluß gefunden. Nach siebenstündigen Debatten wurde mit 60 gegen 20 Stimmen der Verfassungsentwurf, wie er sich namentlich nach den Beschlüssen des Plenums gestaltet hat, unter stürmischem Beifall des vollbesetzten Hauses und unter Händeklatschen der überfüllten Tribünen angenommen. Die für das Zustandekommen des Gesetzes notwendige Zweidrittelmehrheit ist also reichlich überschritten worden.

Vorgeschichte und Grundzüge des Entwurfs sowie seine Gestaltung nach den Beschlüssen der Verfassungskommission haben wir in Nr. 8 der „Volkstimme“ an dieser Stelle ausführlich dargelegt. Um eine Wiederholung von Einzelheiten zu vermeiden, begnügen wir uns mit diesem Hinweis und beschränken uns darauf, die Hauptpunkte der Reform noch einmal kurz zu skizzieren. Diese bestehen in einer beträchtlichen numerischen und geistigen Stärkung der Ersten Kammer, Beseitigung der Sondervertretung des Kleinadels und der Kirchen aus der Zweiten Kammer, die dadurch eine reine Volkskammer werden soll, und Ausschließung dieser Elemente ohne Ersatz. Neben dieser letzten, für die Reform verhängnisvollen Streitfrage bildete noch die Gestaltung des Budgetrechts für die Erste Kammer einen wichtigen Gegenstand des Kampfes.

Die Beratungen im Plenum erstreckten sich zunächst auf die künftige Zusammensetzung der Zweiten Kammer. Wie in der Kommission, so trat auch hier gleich zu Beginn der Debatten der abgrundtiefe Unterschied, der in der Auffassung über das gleiche Wahlrecht zwischen sämtlichen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie besteht, offenfundig zutage. Die Sozialdemokratie, die konsequent und programmgetreu ihren in der Kommission abgelehnten Hauptantrag, alle Abgeordneten der Zweiten Kammer getrennt in den vier Regierungskreisen des Landes nach dem Grundsatze der Listen- und Verhältniswahl zu berufen, wiederholte, wurde mit dieser Forderung von allen bürgerlichen Parteien im Stich gelassen, obwohl man auch nicht einen sachlichen Grund dagegen vorzubringen vermochte.

Da dieser Weg der einzige gewesen wäre, das allgemeine gleiche Wahlrecht rein und unverfälscht zur Geltung zu bringen, so bildet dieser Vorgang ein neues Zeugnis dafür, wie wenig Ernst und guten Willen die bürgerlichen Parteien einschließlich ihrer radikalsten Elemente der Erfüllung dieser demokratischen Forderung, satzungsmäßig, entgegenbringen.

Ebenso fanden auch die Bemühungen unserer Partei, wenigstens einige der krassesten Mißstände in der bestehenden Wahlkreiseinteilung zu beseitigen, namentlich aber der Stadt Stuttgart eine ihrer Bedeutung und Größe entsprechende Vertretung in der Landesgesetzgebung zu sichern, von bürgerlicher Seite so gut wie keine Unterstützung. Angesichts dieser Tatsache erscheint es geradezu kindlich und lächerlich, wie ein bürgerlicher konservativer Volkstifter im Lauf der Debatten die beweislose Behauptung aufstellen konnte, die meistens sozialistisch vertretenen Großstädte hätten das Gefühl, durch die Sozialdemokratie politisch nicht vertreten zu sein.

Zwei Tage lang beschäftigte sich sodann die Kammer mit der Frage des Ersatzes für die aus der Zweiten Kammer ausscheidenden Privilegierten. Der Regierungsentwurf sah keinen Ersatz vor. Er wollte in demselben Augenblick, in welchem die Mitgliederzahl der Ersten Kammer fast verdoppelt werden sollte, die Mitgliederzahl der Zweiten Kammer von 93 auf 75 herabsetzen. Auf dieses Ansuchen ist jedoch die Mehrheit weder in der Kommission noch im Plenum eingegangen, obwohl die Regierung kategorisch erklärte, daß sie mit aller Entschiedenheit an ihrem Standpunkt festhalte. Darüber aber, wie dieser Ersatz gewonnen werden sollte, gingen die Meinungen weit auseinander. Offen luden die Konservativen, Bauernblinder und Ritter die Bildung der reinen Volkskammer zu hintertreiben, indem sie eine bürgerliche Vertretung, gewonnen auf dem Wege der indirekten Wahl, als Ersatz vorschlugen. Dieser Ersatz sollte eine Gewähr gegen ein allzu starkes Ueberhandnehmen der „radikalen Elemente“ in der Zweiten Kammer bieten.

Weit schäner als diese geschwornen Feinde des allgemeinen gleichen Wahlrechts ging das Zentrum unter der Führung Gröbers vor. Die Stellungnahme dieser

schwarzen Volkspartei verdient eine besondere Würdigung. In Baden und Bayern führte das Zentrum Kämpfe um das allgemeine direkte Wahlrecht, weil es dort damit Geschäfte zu machen hoffte. In Württemberg wendet es all seinen Scharfsinn auf, eine Reform nach dieser Richtung zu vereiteln, um die reaktionär-ultramontane Erste Kammer, die eine wesentliche Stütze der Zentrumspolitik bildet, in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung zu erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ihm jedes Mittel recht und deshalb scheute es sich auch nicht, bei den Verfassungsreformdebatten ein Attentat auf die reine Volkskammer und das allgemeine gleiche Wahlrecht zu unternehmen. Dieses Attentat bestand in dem Versuch des Zentrums, als Ersatz eine berufsständische Vertretung zu schaffen. Elf Abgeordnete der Landwirtschaft, elf Vertreter der Industrie und des Handels und drei Angehörige der freien Berufe, des öffentlichen und privaten Dienstes sollten nach seinem Vorschlag mittels Listen- und Verhältniswahl durch das ganze Land gewählt werden.

Mit dem Raffinement und der Verschlagenheit, die man an dem Zentrumsführer Gröber gewöhnt ist, wurde dieser Antrag vertreten und mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht in Einklang gebracht. Herr Gröber begann seine Begründung mit einer überschwenglichen Lobpreisung des allgemeinen Wahlrechts, das eine so wesentliche Grundlage unseres ganzen öffentlichen Rechts sei und den Akt bilde, auf dem die bürgerlichen Parteien sitzen, so daß niemand wagen könne, an diesen Grundlagen zu rütteln. Der Antrag des Zentrums, meinte Herr Gröber, wolle nur die „inneren Mängel“ des Wahlrechts durch eine Vertretung des Volkes nach seiner organischen beruflichen Gliederung korrigieren. Für diese „Korrektur“ zeigte man jedoch wenig Verständnis. Namentlich wurde von den Rednern unter Fraktion dieses Gröber-Kind beim rechten Namen genannt: Ein Loch durch das allgemeine Wahlrecht und ein Versuch, den Volkswillen zu fälschen! Um seiner Verräterei die Krone aufzusetzen, stimmte dann das Zentrum mit einem Teile der Privilegierten für die Schwächung der Zweiten Kammer um 17 Mitglieder, trotzdem Herr Gröber tags zuvor erst erklärt hatte, die Parteien des Hauses würden sich ins eigne Fleisch schneiden, wenn sie der geplanten Reduzierung der Mitgliederzahl zustimmten. Trotzdem wurde der Kommissionsantrag, für den bezeichnenderweise in der Kommission auch das Zentrum gestimmt hatte und der einen Ersatz durch Zuwahl von 17 Abgeordneten mittels Landesproporz vorschlägt, mit 52 gegen 34 Stimmen angenommen.

Durch die verräterische Zentrumstaktik wird aber das Gewicht dieser für das endgültige Gelingen der Reform hochwichtigen Abstimmung dem andern Hause gegenüber ganz erheblich geschwächt. Dieser Umstand erscheint uns so verhängnisvoller, wenn man bedenkt, mit welcher Zähigkeit die Regierung an der Schwächung der Zweiten Kammer festhält.

Die Debatten über die Zusammensetzung der Ersten Kammer gestalteten sich zu einem Subhandel im schlechtesten Sinne des Wortes. Schon in der Kommission hatte man sich auf die Forderungen der Ritter, die in einer weiteren Vertiefung der Ersten Kammer über den Rahmen des Regierungsentwurfs hinaus gipfelten, eingelassen und sie zum Teil befriedigt. Im Plenum wiederholten die Herren ihre Wünsche in verklärter Form und die liberalen Reformfreunde waren iguach genug, den Rittern aufs neue weitgehende Zugeständnisse zu machen. Daß die Sozialdemokratie dieses erbärmliche Feilschen und Sandeln nicht mitmachte, ist ganz selbstverständlich. Sie spricht dem Herrenhaus jede Existenzberechtigung ab, hat von jeher mit Entschiedenheit für die Beseitigung dieser mittelalterlichen Bevormundung des Volkes gekämpft und weiß sich in diesen Bestrebungen einzig mit der überwiegenden Mehrheit des Volkes.

In den Debatten über die Zusammensetzung der Ersten Kammer konnten unsere Redner konstatieren, daß sich das Volk in dieser Frage nur noch auf die Sozialdemokratie verlassen kann. Die liberalen bürgerlichen Parteien, einschließlich der Demokratie, denken nicht mehr daran, mit dem Einkammerismus jemals Ernst zu machen. Durch die gefassten Beschlüsse hat man es nun glücklich zu einer Ersten Kammer mit 53 Mitgliedern gegen 29 jeither gebracht. Die Ritter sind natürlich mit diesem Entgegenkommen noch lange nicht zufrieden. Bei der Festsetzung der Altersgrenze für das passive Wahlrecht beantragten sie die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die das 30. Lebensjahr vorschah, während die Kommission das 25. für genügend erachtete. Unter Redner empfahl den Herren, erst einmal nach Kräften

für die Erhöhung der Altersgrenze bei den königlichen Prinzen und Landesherren, die mit 18 bzw. 21 Jahren Gesetzgeber werden können, zu sorgen. Das Haus ließ sich auf dieses Ansuchen der Ritter erfreulicherweise nicht ein.

Wiederhergestellt wurde die Regierungsvorlage jedoch mit Bezug auf das künftige Wahlverfahren, für das sie das romanische System vorschlug. Nach diesem System findet, wenn ein Kandidat im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit auf seine Person vereinigt hat, ein zweiter Wahlgang statt, an dem sich wiederum sämtliche alten Kandidaten, so sogar neue, beteiligen können. Nach diesem Wahlgang gilt dann derjenige als gewählt, der die verhältnismäßig höchste Stimmenzahl erreicht hat. Die Bestimmung, daß die sechs Abgeordneten Stuttgarts durch Verhältniswahl gewählt werden sollen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokratie auch im Plenum bestätigt. Sie bedeutet, wie wir schon früher an dieser Stelle näher ausführten, eine Schädigung der politisch aufgeklärten Arbeiterschaft, deren Minderheiten man im ganzen Lande eine Vertretung abspriecht, während die bürgerlichen Minderheiten in Stuttgart zu ihrem Rechte kommen sollen.

Ein heftiger Kampf entbrannte nach um die Budgetrechtsfrage. Hierin besitzt die Zweite Kammer gegenüber der Ersten ein altes und wohlbegründetes Vorrecht. Die Ritter versuchten nun, die budgetrechtlichen Kompetenzen auf Kosten der Zweiten Kammer zu erweitern. Sie haben nach ihren Anschauungen die gespähige Befürchtung, eine reine Volkskammer, in der unter Umständen der Radikalismus stark vertreten ist, und die allein über die Ausgaben des Staates zu verfügen habe, werde „den Blick aufs allgemeine Ganze verlieren“, „das Interesse des Landes vernachlässigen“, „die Erhaltung des Erbanlebens gefährden“, „und hohe ideale Güter aufs Spiel setzen“. Diese Gefahren soll dann die aus allen Kreisen des Reiches zusammengewürfelte privilegierte Gesellschaft in der Ersten Kammer beseitigen, indem man ihr ein größeres Budgetrecht als jeither einräumt. Mit 73 gegen 14 Stimmen wurde jedoch diese Forderung der Ritter zurückgewiesen. Ebenso verwarf man die Forderung der Regierung, beide Kammern in der Aufnahme von Anleihen, Veräußerungen von Kammergutsbeständen usw. gleichzustellen.

Mit der Annahme des Entwurfs durch die Zweite Kammer ist eine Streitfrage, die jahrzehntelang das württembergische Volk lebhaft bewegte und schon so unjählich viel Opfer an Kraft und Zeit gefordert hat, in ein neues Stadium getreten. Erledigt ist sie damit freilich nicht. Die Erste Kammer hat noch nicht gesprochen. Nach den Erfahrungen, die man mit diesem unreaktionären Institut jeither gemacht, hat man alle Ursache, sich über das endgültige Gelingen des Werkes noch keinen allzu optimistischen Illusionen hinzugeben. —

Die Antwort der Proben.

Die Petition Bebel und Genossen um Gewährung des gleichen Landtagswahlrechts in Preußen hat am Montag in der Presse der Reichshauptstadt und im Landtag selbst eine durchaus charakteristische Antwort gefunden.

Wir nehmen die Presse vorweg, weil über sie sehr wenig zu sagen ist. Man kann sie nach ihrer Haltung in drei Gruppen teilen. Da sind

1. die Totschweiger, in der Wanzentaktik des Siphonistens sehr geübt. Sie sind zu „vornehmen“, um die unverschämte Bettelei des preussischen Volks um ein bürgerliches Recht überhaupt zur Notiz zu nehmen. Zu ihnen gehört das leitende Organ der Konservativen, die „Kreuzzeitung“, und das leitende Organ des Zentrums die „Germania“.

2. die Verlegenen; sie drucken ein paar Sätze aus der Petition möglichst an recht versteckter Stelle ab. Dazu bemerken sie — nichts, weil ihnen absolut nichts einfällt. In der Weise dieser Siebengezeiten marschieren die „Nordd. Allgem. Ztg.“; ihr folgen aus alter Gewohnheit die meisten Freisinnblätter;

3. aber die Unvershämten, die sich gepreizt hinsetzen und erklären: „Daranz wird nichts!“ Da ist zunächst die agrarisch-konservative „Deutsche Tageszeitung“, die erklärt:

Der Zweck der Uebung scheint lediglich zu sein, eine Verhandlung im Abgeordnetenhause zu veranlassen, und daran gegebenenfalls wieder Demonstrationen zu knüpfen. Solange diese

rein demonstrativen Agitationen dauern, wird der Landtag vor-

ausichtlich kaum Neigung haben, sich mit der Frage zu befassen.

Das schreibt das Organ jenes Bundes der Landwirte, dessen „demonstrative Agitationen“ jeden Reforator gebrochen haben.

4. Ein Blatt aber verdient einen besonderen Platz für sich. Dieses Blatt, das den Gipfel der Infamie ersteigt, widmet der Petition folgende Sätze:

„Hochachtungsvoll ergeben“ schließt die von Weber, Stinger, Mollenhuth, Pfannkuch und einigen kleineren Göttern unterzeichnete Petition, die bei den Adressaten eines ungeteilten Gitterteilerfolgs sicher sein kann.

Das Blatt, das sich diese ausgesuchte Unverschämtheit leistet, heißt „National-Zeitung“ und ist das führende Blatt des deutschen Nationalliberalismus. Das soll ihm unvergessen bleiben! Die „National-Zeitung“ hat sich mit dieser ihrer Seelenentblühung einen Platz in der deutschen Geschichte gesichert. Die Vertreter von sechs- und hunderttausend preussischen Arbeitern nähren bittend dem verschlossenen Tor des Landtags, bittend um die Erfüllung einer liberalen Forderung und das Hauptorgan des Liberalismus beantwortet diese Bitte mit Gelächter! Das deutsche Volk müßte alle Scham und alles Rechtsgefühl verloren haben, wollte es nicht dem schwarz-weißen Nationalliberalismus seine „ungeteilte Gitterteiler“ bei der nächsten Gelegenheit so gründlich hinter die Ohren schreiben, daß ihm das Nachen ein für allemal vergeht!

Auch das preussische Abgeordnetenhhaus hat sich am Montag zwar nicht formell, aber doch tatsächlich mit der Petition Weber und Genossen beschäftigt; und auch in dieser Debatte spiegeln sich alle Stimmungen von der unentschiedenen Verlegenheit bis zur dreifachen Unverschämtheit treulich wieder.

Es war Herr Brömel von der Freisinnigen Vereinigung, der bei der Beratung des Etats des Innern als erster auf die Petition zu sprechen kam. Herr Brömel schleppt aber an seinem Fortschrittssein als schwere Kugel das Wahlkreis-kompromiß, das seine Partei im März 1904 mit den Nationalliberalen geschlossen hatte. In jenen schönen Tagen, da von einer Wahlrechtsbewegung noch nichts zu spüren war, vereinigten sich die Liberalen und die Freisinnigen auf den Plan einer sog. „Wahlreform“, die bloß die Liberalen und freisinnigen Mandate vermehren, aber das Klassenwahlrecht aufrechterhalten sollte. Wenn Herr Brömel jetzt, unter veränderten Umständen, schärfer gegen das Klassenwahlrecht vorgeht, so findet er sich bei jedem Wort durch jene unglückselige Abmachung behindert. Herr Brömel redet also hin und her: die Abschaffung des Klassenwahlrechts sei „notwendig“. „Unbedenklich“ — man merke den feinen Unterschied — sei die Forderung der Wahlkreis-einteilung. Vor der „Blutrünstigkeit“ der sozialdemokratischen Sprache schaudert auch Herrn Brömel's zartes Gemüt zurück, und was die Petition Weber und Genossen betrifft, so „fürchtet“ er, die Kommission werde erklären, sie sei zur Beratung im Plenum ungeeignet. Herr Brömel schlägt nicht mit der Faust auf den Tisch und verlangt, daß diese Petition im Plenum beraten werde; dazu ist er nicht blutrünstig genug und zu juristisch.

Der konservative Herr Stroyer weist das Gerede von der Wahlreform mit einer Handbewegung von sich. Man möge doch auf die Vorlage der Regierung warten, meint er und denkt dabei: „Da könnt ihr alte Preußen werden, ehe die kommt.“ Herr v. Zedlitz hält seine gewohnte Scharsmacherrede. Erst müßten die Demonstrationen aufhören, dann könne man über das Wahlrecht reden. Ganz die bewährte Methode der Arbeitgeber: „Erst müßt ihr zu Kreuze kriechen, dann werden wir möglicherweise mit euch verhandeln!“ Nachdem noch Herr Cassel von der Freisinnigen Volkspartei über alles mögliche geschrien, nimmt der Herr Minister selbst das Wort.

Herr v. Bethmann-Hollweg verfolgt noch immer den ehrgeizigen Plan, wenigstens dem Anschein nach im preussischen Ministerrat die Rolle des „Kulturelements“ zu spielen. Obwohl unter seiner Regierung dieselbe Wirkkraft fortbauert wie unter der des seligen Ganunerstein, bemüht er sich, so gebildet und liberal wie möglich aufzutreten. Widersprüche nicht die Taten der Polizei, für die er verantwortlich ist, seinen Worten, so möchte man wirklich glauben, daß der unerforschte Nationalist, der preussische Minister schafft, diesmal einen weichen haben der schwarzen Schar zugesetzt hätte. Es war wirklich elegant — und man kann dem Minister sein Vergnügen nachfühlen — wie er den lahmen und blinden Landtagsliberalismus verportete. Herr v. Bethmann-Hollweg veräußerte, er sei „viel liberaler als die Linke dieses hohen Hauses“, und wies die Berechtigung dieses seines Ausspruchs sowohl an der Frage der Selbstverwaltung, wie auch an der Frage der Wahlreform nach. Die liberal-freisinnigen Reformwünsche bezeichnete er lakisch als „sehr bescheiden“, und spottete über Herrn Brömel's Begeisterung für die Wahlreifeiten, indem er darauf hinwies, daß der Regierung bei ihren Arbeiten nur das „sehr bescheidene“ freisinnig-liberale Wahlrechts-kompromiß von 1904 als Material vorgelegen habe, so daß er die neuerlichen Wünsche der Freisinnigen gar nicht habe berücksichtigen können. Denn sich die Freisinnigen überhaupt noch schämen können, so müßten sie sich bei dieser Ministerrede geschämt haben. Schließlich aber verplätzte auch des Ministers liberale Eitelkeit zum Wankerschanden. Die Regierung sei vorläufig noch mit wahlrechtsstatistischen Arbeiten beschäftigt. Reichlich!

Aber war es nicht der Nationalliberal

Frederberg, der den Gipfel der Infamie erklimmt. Er suchte zunächst den enklarenen Rumpfen Brömel zurückzuholen und an den Pfahl des Kompromisses zu binden. Ja, er „achte ihm schwere Vorwürfe, daß er eine „ganz überflüssige“ Wahlrechtsdebatte angezettelt habe, und bemerkte schließlich mit grinseendem Vergnügen, die Zusammensetzung des Hauses blüge dafür, daß die Wahlreform nicht zur Freude der Sozialdemokratie ausfalle. Auf der Rechten erhoben sich Gelächter und Weisfallrufe. Und so war die „ungeteilte Gitterteiler“ da, die die „National-Zeitung“ angeflüchtigt hatte.

Das war die Antwort der Proben auf das ergebene Bittgeschick, in dem das preussische Volk sein gutes Recht verlangt. Ausflüchte, verlegenes Gerungerede und schließlich Spot und Hohn! Die Herren haben gesprochen, und nun hat wieder das Volk das Wort! Herr Brömel's angstvolle Prophezeiung, man werde „noch den letzten Arbeiter in die Arme der Sozialdemokratie treiben“, nähert sich sichtbar der Erfüllung! —

Damit sich unsere Leser selber ein Urteil bilden können, lassen wir auch den Sitzungsbericht unfres parlamentarischen Büreaus folgen:

Abg. Brömel (Freis. Bgg.):

In der Thronrede wurde eine kleine Veränderung am Wahlgesetz angekündigt. Es ist selbst von dieser kleinen Reform stille geworden, obwohl das jetzt bestehende Landtagswahlrecht völlig unhalbar geworden ist. (Zustimmung links.) Namens des Zentrums hat der Kollege Gerold auf das allerentschiedenste die völlige Unhaltbarkeit des bestehenden Landtagswahlrechts hervorgehoben. Die angekündigte Reform bezweckt aber keineswegs die Beseitigung, sondern vielmehr die Befestigung des Landtagswahlrechts, indem sie nur ein paar allzusehr ins Auge springende Mängel beseitigen will.

In der Zeit, die seit der Generaldebatte, die wir hier im Hause hatten, verlossen ist, hat die Wahlrechtsbewegung bedeutend an Umfang zugenommen und ist durch das Beispiel der süddeutschen Wahlreformen noch mehr in Fluß gekommen. Nichts liegt mir ferner, als die Agitationsweise der Sozialdemokratie zu billigen; wenn die Versammlungen am Demonstrationssonntag auch ruhig verlaufen sind, so müßten doch die blutrünstigen Artikel, die ihnen vorausgingen, auf alle ruhigen und verständigen Menschen höchst abstoßend wirken. Die Lust zu einschneidenden Reformen ist durch das Vorgehen der Sozialdemokratie begrifflicherweise nicht gemacht. Aber derartige Stimmungen dürfen kein Hindernisgrund für Reformen sein, deren dringende Notwendigkeit nicht mehr weggeleugnet werden kann.

Die Petition, die der „Vorwärts“ gestern vorgelegt hat, wird keine geeignete Grundlage abgeben; ich fürchte, die Petitionskommission wird sie für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklären.

Die Unhaltbarkeit des Dreiklassenwahlrechts tritt jetzt in greifbarster Deutlichkeit in Sachen zutage, obwohl bei der Wahlrechtsverschlechterung von 1896 das tatsächliche Wahlgesetz ohne einige Verbesserungen das preussische kopierte und wenigstens die gleiche Wahl beibehielt sowie einige plutokratische Gärten milderte.

Alle Anstellungen, die aus dem Reichstagswahlrecht machen kann, wiegen jederseits gegenüber den fürchterlichen Mängeln des Klassenwahlrechts. Unbedingt notwendig ist auch eine Veränderung der Wahlkreiseinteilung. Dagegen sträubt sich leider auch das Zentrum, das selbst Zentrum, das in Bayern so entschieden für die Verteilung der Mandate nach genauerem Bevölkerungsmaßstab eintritt.

Die Konzeptionen malen den Gottscheibens sozialdemokratischer Herrschaft an die Wand, für den Fall, daß in Preußen das Reichstagswahlrecht eingeführt wird. Aber in Baden, in Bayern, in Württemberg ist das Landtagswahlrecht dem Reichstagswahlrecht gleich oder wird binnen kurzem ihm gleich gemacht werden. Herrschen deshalb in den dortigen Landtagssitzungen die Sozialdemokraten? (Sehr gut links.) Und hat denn nicht in Sachen das Experiment von 1896 sich als schwerer Fehler erwiesen und hat die sozialdemokratische Sozialistik nicht geschmettert, sondern mächtig anschwellen lassen. (Zustimmung links und im Zentrum.)

Ich richte an alle Parteien den Appell, die notwendige Reform energisch in die Hand zu nehmen. Das Zentrum hat seine Bereitwilligkeit ausgedrückt; ich hoffe, daß auch die Nationalliberalen nicht zurückbleiben werden. Sollen nicht schwere Gefahren entstehen, so muß das Wahlrecht geändert werden, ehe nach dieser Legislaturperiode zu Ende ist. Sachsen hat sich von der Unhaltbarkeit des Klassenwahlrechts überzeugt; wenn Preußen an diesem schicksal über es sein Ansehen in der Welt nicht fördern und den letzten Arbeiter in die Arme der Sozialdemokratie treiben. Die Reform des Landtagswahlrechts ist eine politische, soziale und sittliche Notwendigkeit! (Lebhafte Weisfall links.)

Abg. Stroyer (kons.):

Ueber die Wahlrechtsfrage werde keine Partei sich in aller Ausführlichkeit äußern, sobald die von der Regierung angekündigte Vorlage vorliegen werde.

Abg. Zehr. v. Zedlitz (freisinn.):

Ueber meine Stellung zu einer Reform des Wahlrechts haben wir uns bei der ersten Beratung über den Etat ausgesprochen. Wir können uns erst dann mit dieser Frage beschäftigen, wenn sich die völlige Erfolglosigkeit der sozialdemokratischen Massen-demonstrationen gezeigt haben wird. Dringend notwendig ist die Reform der Krankenversicherung. Von allen Seiten ist der Mißbrauch der Krankenkassen anerkannt worden, und es muß auf diesem Gebiete bald Wandel geschaffen werden. Dazu sollten sich alle bürgerlichen Parteien zusammenschließen unter der Parole, die Fürst Bülow ausgegeben hat: Gegen die revolutionäre Sozialdemokratie! (Weisfall rechts.)

Abg. Cassel (frei. Bp.):

In Bezug auf das Wahlrecht kann ich mich im großen und ganzen den Ausführungen des Abg. Brömel anschließen. Auch wir wollen nicht, daß das Wahlrecht Gegenstand von Straßen-demonstrationen ist; aber die ungeeigneten Mittel der Sozialdemokratie gefahren das unhaltbare Landtagswahlrecht nicht haltbarer. Wir wünschen eine durchgreifende Reform des Wahlrechts; in eine solche aber in dieser Session nicht möglich, so werden wir an allen Verbesserungen mitarbeiten, die wenigstens die ärgsten Mängel beseitigen. Auf die Dauer werden Sie (nach rechts) nicht hindern können, daß das Reichstagswahlrecht sich auch in Preußen Bahn bricht. (Zustimmung links.)

Gegen eine politische Ausnutzung der Kranken-kassen durch die Sozialdemokratie sind auch wir; dagegen fallen die Ansichten des Abg. v. Zedlitz für falsch, daß die Reichstags-sitzungen die sozialdemokratische Agitation fördern werden. Nichts können wir tun, um die Sozialdemokratie nicht zu rechnen. (Zustimmung.) Möge die Regierung vermeiden, durch Eingriffe in die Selbstverwaltung die Unzufriedenheit zu steigern. (Weisfall links.)

Minister des Innern v. Bethmann:

Die Reichstagsabgeordneten, die Krankenversicherung und die Schul-sachen fallen nicht in mein Ressort. Der Vorredner klagte über Beeinträchtigung der Selbstverwaltung. Ich persönlich hege über die Selbstverwaltung so liberale Ansichten, daß ich in diesem Punkte noch über die linke Seite des Hauses hinausgehe.

Nun ein paar Worte zur Wahlrechtsfrage. Ich will hier nicht über das Wahlrecht selbst sprechen, denn eine solche Betrachtung würde doch nur rein theoretisch sein. Als ich ins Amt trat, fand ich den Plan meines Amtsvorgängers vor, die Wahlkreise-einteilung im Sinne einer Teilung aller großer Wahlkreise zu ändern, sowie den bekannten Antrag der vereinigten liberalen Parteien dieses Hauses. Dieser Antrag bezweckte, obwohl meines Wissens auch Herr Abg. Brömel ihn mit unterzeichnet hatte (Hört, hört! rechts), keineswegs die Einführung des uns heute wieder als Mittelmittel gepriesenen Reichstagswahlrechts, sondern sah die Beseitigung, die Berechnung nach dem Gemeinbücherrichtmaß usw. vor. Durch den Tod meines Amtsvorgängers ist die Wahlrechts-frage verzögert worden. Ich behalte indessen die Frage im Auge und behandle sie mit dem Ernst, den sie erfordert und der ja auch hier allseitig betont worden ist. Die Schwierigkeit der Materie, der Umfang der notwendigen Erhebungen und die Grenzen, die meiner Arbeitskraft gesteckt sind, nötigen mich, noch um etwas Geduld zu bitten. (Lebhafte Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natlib.):

Wir sind durchaus von der Notwendigkeit einer Reform des Wahlrechts überzeugt; wir erachten es aber nicht für angebracht, bei jeder Gelegenheit diese Frage anzuschneiden. Der Minister nannte den Wahlrechtsantrag der vereinigten liberalen Parteien vom Jahre 1904 bescheiden: also wird er, hoffe ich, einen weitergehenden Reformantrag vorlegen. (Geisterkeit und Weisfall links.)

Minister des Innern v. Bethmann:

Ich habe den Wahlrechtsantrag der liberalen Parteien „bescheiden“ nur im Hinblick auf die weitergehenden Forderungen des Abg. Brömel genannt. Ueber das, was „liberal“ ist und was nicht, sind die Ansichten sehr geteilt. Wie die Wahlreform aussehen wird, wird sich erst zeigen, wenn sie vorliegt. (Geisterkeit und Weisfall rechts.)

Die Freisinnigen wagten sich zu einer Antwort auf diese ironische Abfertigung nicht heraus. Sie verliehen mit den Konservativen und Nationalliberalen das Dreiklassenhaus in dem sie erhebenden Bewußtsein, die „blutrünstige“ Petition der sechs Preußen gleich mit den ersten Sieben unerschütterlich gemacht zu haben. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 6. Februar 1906.

Die bayrische Wahlreform gesichert!

k. In der Plenarsitzung der Kammer der Reichs-räte, der Ersten Kammer, vom 5. Februar kam endlich die Wahlrechtsvorlage zur Behandlung. Die Generaldebatte eröffnete wieder der Chronofolger Prinz Ludwig, der in großen und ganzen seine bereits bekannten Ausführungen im Ausschuss wiederholte und den Reichsräten dringend empfahl, mit Rücksicht auf die kolossale Mehrheit, die sich bei den letzten Wahlen für die Wahlreform ergeben habe, dem Beispiel der Abgeordnetenkammer zu folgen und der Vorlage einstimmig zuzustimmen. Alle Wünsche in bezug auf die Abänderung von Einzelheiten müsse man jetzt zu rückstellen vor der großen Frage, ob es gelingen werde, endlich ein Gesetz zustande zu bringen, das Ruhe im Lande schaffe. Es handle sich nicht darum, ein Gesetz für ewige Zeiten zu schaffen, sondern um das, was jetzt nötig sei.

Reichsrat Zehr. v. Würzburg verbreitete sich über die Vorzüge einer berufständischen Vertretung, die er für die ideale Volksvertretung halte, erklärte sich aber bereit, der Vorlage ebenfalls seine Zustimmung zu geben.

Der liberale Reichsrat v. Auer nahm seinen im Ausschuss schon abgelehnten Antrag wieder auf, den Artikel 14 so zu fassen, daß im ersten Wahlgang statt der relativen die absolute Majorität und im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit entscheiden solle.

Gegen diesen Antrag wachte sich sehr entschieden der Minister des Innern, Graf v. Feilich, der geltend machte, daß dadurch das Zustandekommen des ganzen Gesetzes wiederum verhindert werden könne. Er betonte im übrigen, die Regierung lege ein Gewicht auf die Annahme dieser Vorlage. Denn die Wahlrechtsfrage werde nicht zur Ruhe kommen, aber es sei sehr zweifelhaft, ob man in Zukunft jemals die Kantaten erreichen werde, die jetzt im Gesetz enthalten seien, namentlich die Minderjährigkeit des wahlfähigen Alters auf 25 Jahre, die einjährige Staatsangehörigkeit und die Steuerleistung. Der vorliegende Entwurf sei von konservativen Grundsätzen getragen. Es sei besser, die Wahlreform jetzt zu gewähren, als sie später sich abzuwenden zu lassen.

In der weiteren Debatte wurde von mehreren Reichs-räten noch behauptet, die Bedeutung der Wahlrechtsfrage sei künstlich aufgebaut worden. Der ultramontane Reichsrat Zehr. v. Hertling erklärte, außerhalb Bayerns werde die Vorlage vielfach falsch gedeutet, man scheine dort anzunehmen, daß die Reform eine demokratische Tendenz zeige, während sie in Wirklichkeit von einer konservativen Tendenz getragen werde. Die Verbeibaltung der Entscheidung durch die relative Majorität im ersten Wahlgang sei notwendig, um das Abschließen „unmoralischer Wahlbündnisse“ zu verhüten, wie man sie bei den letzten bairischen Landtagswahlen und bei den badischen Landtagswahlen gesehen habe. Die absolute Majorität sei nur für die Sozialdemokratie von Vorteil, die bei den Stichwahlen das Zünglein an der Waage bilde und dadurch größere Bedeutung gewinne, als ihr gebühre. Mit Rücksicht auf die Vorgänge in andern Ländern wäre es kein gutes Moment, wenn man jetzt das Gesetz zu Fall bringe und die Frage der Wahlreform wieder in die Agitation werfe.

In der Spezialberatung wurde dann der Antrag Auer mit großer Majorität abgelehnt und schließlich kam die ganze Vorlage in namentlicher Abstimmung einstimmig zur Annahme.

Deutscher Reichstag.

35. Sitzung.

Berlin, 5. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.
Präsident Graf v. Ballestrem kündigt die sozialdemokratische Interpellation wegen Verschleppung der Untersuchungen aus Anlaß des Unglücks auf der Kohlenzeche „Vorussia“ an.

Die zweite Sitzung des

Staats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt.

Vog. v. Kardorff (Ab.): Mit der Philippika des Herrn Dr. Mugdan gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie im Krankenwesen bin ich einverstanden, nicht aber mit seinen positiven Vorschlägen. Für die Rechtfähigkeit der Berufsvereine kann ich mich nicht recht erwärmen, denn der Gegensatz zwischen Berufsvereinen und Sozialdemokratie wird immer schwächer. Christliche Gewerkschaften zu schaffen war gewiß eine schöne Idee, aber Herr Kardorff hat meines Erachtens mit Recht gesagt, daß er lieber mit sozialdemokratischen, als mit christlichen Gewerkschaften zu tun habe. (Hört, hört! b. d. Soz., Unruhe i. Ztr.) Die Rechtfähigkeit der Berufsvereine würde die Sozialdemokratie gerade so als einen Erfolg ihrer Agitation ansposuieren, wie das Klostergesetz. (Heiterkeit.) Den Vorkühnheiten gegenüber stehe ich noch immer auf dem Standpunkt der Harmonie der Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. (Weiß. rechts. Gelächter b. d. Soz.) Möge die Regierung es sich drei- — viermal überlegen, auf die Heilmittel des Herrn Mugdan einzugehen. (Weiß. rechts.)

Vog. Erzberger (Ztr.): Die letzte Rede des Staatssekretärs hat einen guten Eindruck gemacht. Die christlichen Gewerkschaften werden Herrn Kardorff wohl nicht passen, weil er ihren Ansprüchen gegenüber nicht von sozialdemokratischen Forderungen sprechen kann. Der Flottenverein scheint eine Flotten-Rosa zu haben (Heiterkeit), sonst könnte er nicht ernsthaft den weisheitsvoll Schwächsten die Kosten der Flottenvorlage aufhalten wollen. — Auch ich hätte mich wohl um die gegen den sozialdemokratischen Terrorismus wenden, der sich gegen die christlichen Gewerkschaften richtet. Wenn Herr v. Kardorff die Fälle in Köln und an anderen Orten genau studieren würde, würde er finden, daß keine Rede davon sein kann, daß die christlichen Gewerkschaften die Schleppträger der Sozialdemokratie seien. Trotz des sozialdemokratischen Terrorismus sind wir für ein Jubiläumsgesetz nach wie vor nicht zu haben. Eine Parallele zu diesem Terrorismus der Sozialdemokratie bildet der von der Regierung offen proklamierte Terrorismus im Heere beim Dienstzwang. (Unruhe rechts.) Was sozialdemokratische Arbeiter hier tun, unterstreicht sich in gar keiner Weise vom dem durch den Reichstanzler proklamierten Terrorismus im Heere. (Sehr richtig! i. Ztr.) Herr Richard Fischer hat uns ganz unmutig angegriffen. Er sagte, er treue sich, daß das Zentrum jetzt endlich in die sozialdemokratischen Anträge zum Heimarbeiterschutz einmarschiere. Das hat das Zentrum gar nicht nötig. Wir haben bereits vor 10 und 20 Jahren deraartige Anträge eingebracht. Die Sozialdemokratie hat zuerst gar nicht gewußt, wie sie mit der Heimarbeit gesetzgeberisch fertig werden soll. So kommt es, daß außerordentlich große Widersprüche zwischen den Reden sozialdemokratischer Führer über die Heimarbeit und den schließlichen Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion bestehen. Herr Bebel erklärte 1893 die Trennung von Arbeits- und Schlafraum in der Heimarbeit für un-durchführbar. Dagegen hat seine Fraktion 1899 einen Antrag auf eine solche Trennung gestellt. (Heiterkeit i. Ztr.) Solche Anträge können wir jedoch nicht ernst nehmen. (Heiterkeit i. Ztr.) Die niedrigen Löhne in der Heimarbeit können nur durch die Registrierpflicht, wie wir sie fordern, beseitigt werden. Das preussische Bergarbeitergesetz ist zwar nicht genügend, aber stellt doch immerhin einen Fortschritt dar. Wir stimmen für alle solche Fortschritte. Die Sozialdemokratie hat aber schon wiederholt sozialpolitische Fortschritte verhindert, so z. B. 1891 die obligatorische Einführung von Arbeiterauschüssen in die Gewerbeordnung. Erst im vorigen Jahre beim Bergarbeitergesetz hat sich die Sozialdemokratie zur Förderung der Arbeiterauschüsse bekehrt, und jetzt, nachdem sie für den Bergbau geschaffen sind, bspottet sie sie wieder. Die Abgeordneten Freizen und

der jüngst verordnete hochbede Graf Galen haben mehr für die sozialpolitische Gesetzgebung geleistet, als die ganze Sozialdemokratie. Niemand ist das Zentrum in der Beschränkung der Freizügigkeit so weit gegangen, wie der erste Schriftsteller der Sozialdemokratie, Karl Kautsky, in seiner „Agrarfrage“, der ein Verbot der Wanderarbeit für Wädchen vor dem 21., für Männer vor dem 18. Lebensjahre fordert. (Hört, hört! rechts.)

Zur Fabrikinspektion fordern wir mindestens einmalige Kontrolle jedes Betriebes in jedem Jahre sowie die Anstellung weiblicher Inspektoren und die Hinzuziehung von Arbeitern. Besondere gesetzgeberische Regelung verlangen die Verhältnisse der Wädchenangelegten und der Wanderarbeiter. — Dringend notwendig ist eine scharfe Trennung der Begriffe Fabrik und Handwerk. Das Handwerk ist zu gunsten der Fabrik mit der Ausbildung von Lehrlingen und Weisellen übermäßig belastet. Deshalb sollten auch die Großbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung mit herangezogen werden. Möge der Staatssekretär sich der Mittelstandfrage ebenso warm annehmen wie der Arbeiterfrage! (Beifall i. Ztr.)

Vog. Stöckel (Soz.): Fälle von Terrorismus, wie der Abg. Erzberger sie hier vorgebracht hat, sind leider bei der großen Zahl organisierter Arbeiter nicht ganz zu vermeiden. Schließlich ist es nicht zu verwundern, wenn über die ewigen Verkäufereien der Christlichen Gewerkschaften einmal die Galle übergeht. Aber sie treiben nicht mehr Terrorismus als die christlichen Gewerksvereine auch, und besonders die katholischen Geistlichen mit der Verweigerung der Kommunion. — Aufre vom Abg. Erzberger vermißt Anträge zum Heimarbeiterschutz werden dem Reichstage in wenigen Tagen zugehen. — Das Bergarbeitergesetz sehen im Gegensatz zum Abg. Erzberger die christlichen Bergarbeiter selbst als einen Fortschritt durchaus nicht an. Stehen wir den Arbeiterauschüssen an sich wohl gegenüber, weil ihre Mitglieder ja ganz in der Gewalt der Kapitalisten sind, so waren uns die Vergarbeiterauschüsse einfach unannehmbar wegen der famosen Bestimmung, daß wahlberechtigt nur die sein sollten, die ein Jahr lang ununterbrochen in Stellung gewesen wären, d. h. ausschließlich die Streikbrecher. Von den Arbeitern ist denn auch in ganzen Gegenden überhaupt niemand zur Wahl gegangen. Warum hat denn der Abg. Erzberger, wenn ihm wirklich das Wohl der Bergarbeiter so sehr am Herzen liegt, nicht dafür gesorgt, daß ein Reichsberggesetz zustande kam? Im Abgeordnetenhaus konnte eben das Zentrum den Schein der Arbeiterfreundlichkeit erwecken, ohne den Greubemagnaten große Opfer aufzulegen. Gegen die Sozialgesetzgebung haben wir doch überhaupt nur gestimmt, weil sie uns nicht weit genug gingen, so wie einige Agrarier gegen den Zolltarif. Deshalb sind wir aber doch Freunde der sozialen Gesetzgebung, und wären auch für ein Reichs-Berggesetz zu haben gewesen, genau ebenso, wie alle Agrarier hohe Hölle wolten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daß unsere Anträge zur Gesetzgebung nicht Gesetz geworden sind, liegt doch einfach daran, daß das Zentrum sie alleseitig niedergestimmt hat, um sie dann in vermaßelter Form selbst wieder einzubringen. Herr v. Kardorff bestreitet von einer weiteren Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung, daß sie die Energie der Arbeiter im Kampf uns Dasein lähme. Das sagte einer von den Agrariern, die den Arbeitern das Brot verteuern und selbst am meisten Unterhütungen vom Staate beziehen. Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum haben sich im Abgeordnetenhaus gegen die Entschädigung unfähigster Kinder in der Landwirtschaft und gegen die weitere Ausdehnung der Renten bis zu 20 Prozent gewandt. Dabei wurden allerdings die Herren Großgrundbesitzer ganz erhebliche Summen sparen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit gibt es nicht. Mit ihrer Lehre von der Interessensharmonie haben es die Hirsch-Dunderschen auf keinen grünen Zweig gebracht. Der Arbeiter bleibt heute eben in der Regel zeitweilig ausgebeuteter Arbeiter. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Abg. Bahig hat sich mit Unrecht auf Frankreich berufen. Wohl war dort einmal ein Sozialdemokrat Minister, aber die Sozialdemokratie ist auch dort noch zu schwach, um ihre sozialpolitischen Forderungen durchzusetzen. Der Abg. Dr. Mugdan hat es am Sonntagabend so dargestellt, als hätten die Arbeiter in Deutschland das Paradies auf Erden. Aber mit dem Steigen der Gewinne in der Industrie hat das Steigen der Löhne nicht gleichen Schritt gehalten, und stärker als die Löhne sind die Lebensmittelpreise und Mieten gestiegen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Berichte der Gewerbeinspektoren verzeichnen schematisch jede Badenanne, die ein Unternehmer ausstellt, und jedes Tanzkutschchen, das ein Unternehmer veranstaltet. Viel besser wären eingehende Monographien über die einzelnen Gewerbe und eine Feststellung der Durchschnittslöhne für den Bezirk. Aber man strebt sich wohl davor, daß diese Berichte dann ein allzu diffuses Bild geben würden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Der englischen Arbeiterdeputation hat man Politenische Oberer gebaut wie der Kaiserin Katharina von Rußland. (Heiterkeit b. d. Soz.) Schade, daß ihnen der „freisinnige“ Oberbürgermeister Bender von Breslau nicht erzählt hat, wie man in Deutschland Arbeiter behandelt, die sich beschweren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Deputation traf in Eiberfeld einen Arbeiter und fragte ihn nach seinem Lohn. Er erwiderte 17 bis 18 Mark und beklagte sich, daß ein verheirateter Mann damit nicht auskommen könne. Da fragte ihn die Engländer: „Na weshalb muß denn ein Mann mit einem so geringen Lohne auch noch heiraten?“ (Heiterkeit.) Leute mit so geringem sozialpolitischen Verständnis schänt man auf eine solche Weise. Die Reisefloßen sollen übrigens englische Unternehmer getragen haben.

Redner wendet sich den Gewerbeinspektionsberichten zu, bedauert die ungenügende Revision gerade der kleinen Betriebe und die Verechtigungen der Inspektoren, Überstunden zu gewähren. Herr v. Kardorff haben führte es auf die Liberalität der Steuerbehörden zurück, daß ein so großer Bruchteil des Volkes ein Einkommen von unter 500 Mark aufweise. Aber die Arbeiter hinterziehen keine Steuern; die Sozialdemokraten weisen ihr Einkommen genau nach. Die Steuerhinterzieher sitzen ganz wo anders. Wenn all die Summen, die den Einzelstaaten durch wahlhabende Steuerhinterzieher entgehen, Herr v. Stengel zuschießen würde, dann könnte er sein ganzes Steuergebäude auf Abbruch verkaufen. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Ubrigens ist die Rede des Herrn v. Rheinbaben vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der sich Agitations-Tageblätter hält, als Flugblatt verbreitet worden. Redner verweist auf die hohe Zahl der Unfälle, die eine Folge des tolen Festens der Akkordarbeit sind, und auf das Heer der Berufsstrafgefangenen. In Sachsen werden jetzt sogar Versammlungen gerichtlich verboten, in denen Beschwerden der Arbeiter vorgebracht werden sollen; es gegen Einhaltsbefehle gegen die Abhaltung von Versammlungen, weil die Unternehmer durch sie in ihrem Interesse geschädigt werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Im Ruhrgebiet werden jetzt alle Arbeiter aus Ungarn ausgewiesen, die sich bei dem großen Streik geweigert haben, Streikbrecher zu werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Bevor ich mich zu Herrn Mugdan wende, der jedenfalls schon sehr darauf wartet (Heiterkeit), muß ich noch für besseren Schutz der Mühlenarbeiter eintreten. Durch allerlei Schwindeleien der Unternehmer und Tüfteleien mit dem Begriff „unregelmäßige Wasserkräfte“ werden die Mühlenarbeiter selbst um die ihnen zustehende achtstündige minimale Ruhe gebracht. Die Mühle eines Kommerzienrats in Stargard in Pommern steht das ganze Jahr über nicht still.

Das Glend der Heimarbeiter, insbesondere in den stänklischen Weidewirtschaften, ist furchtbar. Nur von der Fleischnot werden diese Leute nicht betroffen, weil sie auch sonst kein Fleisch zu essen bekommen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nur in der Wahlzeit bekommen die Leute eine Zulage; da legt ihnen der Unternehmer noch einen nationalliberalen Wahlschettel in das Lohnbuch. (Heiterkeit.) Die Kinder der reichen Leute wissen nicht, daß an ihren Spieltischen arme Proletarierkinder für 2 Pf. Lohn in der Stunde bis tief in die Nacht hinein arbeiten müssen. Die Spigen, mit denen sich die vornehmen Damen schmücken, werden von schwer lungentranken Heimarbeiterinnen in unangenehmer Arbeit hergestellt. Eine Gesetzgebung, die durchgreifend bessert, so schwer sie auch sein mag, muß durchgeföhrt werden.

Der Abg. Dr. Mugdan scheint zu glauben, daß ein Kapitel im Etat des Reichsamts des Innern auch die Sozialdemokratie ist. (Heiterkeit.) Wenigstens bringt er seine Angriffe gegen uns stets dabei vor. Aber alles, was der Abg. Mugdan polemisch gegen uns verwendet hat, stand in viel besserem Deutsch schon vorher in der „Freien deutschen Presse“. Es ist doch ganz natürlich, daß die von Sozialdemokraten verwalteten Krankenkassen auch Sozialdemokraten als Vizepräsidenten und Beamte anstellen, wenn diese nur tüchtige Leistungen dargeben. Das Gegenteil zu beweisen hat der Abg. Mugdan nicht einmal versucht. Herr Dr. Mugdan hat auch die Willkürherrlichkeit des Kapitals gefeiert und die Ausperrung nach dem Abc in Schutz genommen. Diese Scharfmacherei werden wir Herrn Dr. Mugdan bei den nächsten

Fenilleton.

Machdruck verboten.

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Maria Müller-Schulze.

(48. Fortsetzung.)

Dann schrieb ich Vincenti. Von meinen Qualen nichts; desto mehr von seinem Kinde. Ich hoffte, sein Gefühl zu rühren, wenn ich mit der Stimme der Natur zu seinem freierlichen Herzen sprach.

Lydia bewunderte das Neugeborene: „Panna, Sie können Gott nicht dankbar genug sein. Alles so wohl überstanden — und so einhübsches, wohlgenährtes Kindchen!“

Dann ging sie. Am Nachmittag kam Helena, die mir einige Apfelsinen brachte. Obwohl sie ruhig sprach und ihre Worte vorsichtig wählte, erfuhr ich doch aus ihren Reden, daß Lydia sofort nach meiner Entfernung aus ihrem Hause sowie auch am Tage nach der Geburt an ihren Bruder geschrieben hatte. Er wußte also bereits, daß ihm ein Kind geboren war, — und ich hatte noch keine Zeile von ihm!

Trotzdem machte ich mir keine unruhigen Gedanken darüber; sein Schweigen tat mir nicht einmal weh. Die große Körperschwäche unterdrückte alle Regungen meiner Psyche. Sonst hätte ich auch wohl bemerken müssen, wie sorgsam meine Umgebung mit dem kleinen Wesen umging; erst nachträglich ist mir das alles ins Bewußtsein gekommen. Den einzigen starken Eindruck von allen Lauten um mich her machte das Schreien des Kindes auf mich, das so jämmerlich und anhaltend durch die Stille der Nächte drang.

Dann, nach langen, trüben Tagen, teilte mir Eufriede in schonender Form mit, daß das Mädchen krank sei. Jemand etwas am Nackrat sei nicht in Ordnung. Sie haben mir das nicht früher sagen wollen, um mich nicht zu erschrecken. Jetzt aber müsse sie das Kind zum Arzt bringen.

Ich war noch nicht fähig, zu erschrecken oder mich zu ängstigen; ja, ich fühlte nicht einmal das Verlangen, nur das Kindchen genau anzusehen. . . erst, als sie es mir reichten vor der Fahrt zum Arzt, legte ich es einen Augenblick fest an mein Herz.

Und der Arzt erklärte das kleine Wesen, das zu früh geboren und darum schon hochgradig schwach sei, für schwer-

krank außerdem; er hatte die Absicht, es in seine Klinik zu nehmen. Jetzt also mußte ich mich von meinem Kinde trennen.

Und von Vincenti kein Wort! —

Auch Lydia kam jeltener, was übrigens eine große Beruhigung für mich war. Als sie den Ausspruch des Arztes vernahm, verlangte sie, daß die Kleine getauft werde, ehe sie in die Klinik käme. Daran hatte ich noch gar nicht gedacht.

Nun aber kamen, wohl hervorgerufen durch die körperliche Depression, allerhand Bedenken und Befürchtungen über mich. Alle mir eingepprägten Androhungen für schwere Unterlassungssünden klangen aus verjüngter Kinderzeit herauf, hallten aus Vincentis Lehren wieder. Woaten sie es denn taufen! Aber katholisch sollte es nicht getauft werden, schon aus dem Grunde nicht, weil der Vater seinem Kinde abtätlich fern blieb.

Lydia stand an meinem Bett, als ich diese Meinung sehr entschieden aussprach. Das erste lebendige Kraftgefühl war erwacht in mir. So sah ich denn auch ein blühendes Juden um ihre Mundwinkel aufstauen und verschwinden. . .

„Wie Sie wollen, Panna,“ sagte sie unterwürdig. „Sie sind die Mutter und haben das Recht, darüber zu entscheiden. Was geht es denn schließlich auch ihn an?“

„Ich dachte, genug,“ nurrnelte ich vor mich hin, denn ich hatte schon wieder die Luft verloren, zu sprechen oder gar ihre letzte, seltsame Neußerung zu widerlegen.

So wurde denn mein Kindchen evangelisch getauft auf den Namen der Frau, die meinem Herzen am nächsten stand. Eufriede Günther und Helena Rakowicz sind Taufzeugen gewesen.

Am anderen Tage trugen sie es fort. Und mir war zumute, als rissen sie mir das Herz aus der Brust. In diesem letzten Augenblick empfand ich es tief und schneidend: Fleisch von meinem Fleisch, Blut von meinem Blut.

Ich habe mein Kind niemals wiedergesehen.

Der Schnee stäubt an mein Fenster. Die Luft ist unheimlicher, heulender Dämonen voll, die mir das Lied der Erinnerung in die Seele singen. . .

Und damals schien die klare Frühlingssonne, als ich

zum erstenmal am Fenster meines Krankenzimmers stand und in den sauberen, wohlgehaltenen Hof hinab sah. Sie funkelte in den blanken Fenstern ringsum, sie küßte die Lila und gelben Proteustelche in den Blumentöpfen auf der rings um den Hof laufenden Galerie, und sie strich liebevoll auf einen Kanarienvogel, dessen Bauerchen in einem offenen Fenster stand, über das glatte, goldglänzende Gefieder.

Durch das offene Fenster mir gegenüber konnte ich bis mitten in das Zimmer sehen. Da stand, dicht an ein altertümliches Klavier gepreßt, ein Liebespaar in innigster Umarmung.

Ich mußte wieder und immer wieder dahin sehen. Das alles kam mir so lachhaft und sinnlos vor. . . ich hätte hinrücken, das Mädchen aus den sie umschlingenden Armen reißen und ihr zurufen mögen: „Die Sonne scheint, sieh doch in die Sonne!“

Und es war doch höchstwahrscheinlich ein ganz ordnungsgemäß verlobtes, bürgerliches Brautpaar oder gar junge Eheleute, denen meine Warnung wie eine Profanation erschiene wäre. Sie mochten auch bald bemerken, daß sie beobachtet wurden. Das Vogelbauer wurde hineingeeinnommen, und eine jählanke, weiße Hand schloß das Fenster.

Der Frühling aber blieb, und die Sonne ging mit jedem neuen Morgen wärmer und siegesfroher auf. Von Hause bekam ich liebe, besorgte Briefe. Eufriede Günther umgav mich nach wie vor mit einer zarten, diskreten Anteilnahme. Am sechsten Tage, nachdem ich das Bett verlassen, erlaubte sie mir, zu den Rakowicz hinauszufahren. Ich wollte mich nach meinen Sachen umsehen, meine Rechnung begleichen, und dann —

„Na, was sollte dann eigentlich werden?“ Die schwarze Wand war gefallen, aber ihre Trümmer veriperrten mir jeden Ausblick.

Vor dem Gange in die Klinik hatte ich eine furchtbare Angst. Feig war ich bis zur Todesfurcht. Eufriede hatte übrigens erklärt, vor acht oder besser noch zehn Tagen dürste ich gar nicht daran denken, hinzugehen, wegen der Aufregungen, die meiner dort harrten. So hatte ich Helena gebeten, einen Besuch in der Klinik zu machen, und hoffte nun, Reichheid durch sie zu erhalten, wie es um mein Kindchen stand.

(Fortsetzung folgt.)

Reichstagswahlen schon anstreifen; aber vielleicht nimmt er dann ein Mandat von den Reichstagen ab. (Heiterkeit.) Der Minister Dr. Mugdan war es vorbehalten, den zünftigen Freizeitskämpfern den Zutritt zu versagen, den ich nicht mit dem Ausdruck bezweifeln will, der mir auf der Zunge schwebt. (Heiterkeit.)

Herr Dr. Mugdan meinte, wir seien für Attentate. In Deutschland sind aber in den letzten Jahrzehnten nur drei Attentate vorgefallen: eines von Kallmann, einem Zentrumsmann, gegen Viktorar, das zweite von Södel, einem Parteigenossen des Abg. Dr. Söcker (er. Heiterk.), und das dritte von dem Nationalliberalen Mülling. Wir waren stets Gegner solcher Anschläge in Deutschland; ganz begreiflich sind solche Taten dagegen in Rußland, wo es kein Parlament gibt, wo das Volk ganz rechtlos ist. Herr Dr. Mugdan hielt seine Rede in einem Augenblick, wo in Rußland Massen von Unschuldigen niedergemetzelt werden. In dem Weihnachtsartikel des „Vorwärts“, aus dem Dr. Mugdan einige Sätze aus dem Zusammenhang gerissen, vortrug, steht kein Wort, das eine Verhöhnung der Religion darstellte. Freilich hat der Verfasser nicht an Dr. Mugdan gedacht, für den das Christentum noch den Reiz der Neuheit hat (Heiterk.). Wir haben keine Varratzen, wie der Herr Mugdan behauptet hat. Wo wenn es einmal zu Varratzen in Deutschland kommt, dann sehe ich schon Dr. Mugdan mit dem Helm auf dem Haupt und dem leeren Kanonenschiff als Generalissimo der Varratzenkämpfe. (Er. Heiterk.) Die Schirmmacher sind deshalb so erbot, weil wir immer gegenseitig vorgehen. Herr Dr. Mugdan will uns für die Taten des Mob verantwortlich machen. Herr Mob ist ein Parast. Er wird aber sehr angenehm empfunden, wenn irgend eine stürmische Persönlichkeit eintritt, dann heißt er aber nicht Mob, sondern die festlich bewegte jubelnde Menge. (Heiterk.) Welche Furcht haben die herrschenden Klassen am 21. Januar gehabt? Vielleicht bringt das Zentrum bald eine Interpellation ein, weshalb man die Soldaten an diesem Sonntag nicht in die Kirche ließ. (Heiterk.) Freilich, was sollten die Geistlichen predigen? Etwas über das Wort „Du sollst nicht töten“? (Heiterkeit.) Oder „Wehe deinen Nächsten wie dich selbst“? (Heiterkeit.) Das hätte als Aufsehung zum Ungehorsam aufgefaßt werden können. (Heiterkeit.) Zuletzt wurde Dr. Mugdan noch wichtig, als er behauptete, die Sozialdemokraten verhinderten die Freisinnigen, für das Wahlrecht einzutreten. Wo die Liberalen in den Kommunen in der Mehrheit sind, zeigt sich, wie wenig ernst es ihnen mit der Durchführung der Volksrechte ist. Herr Mugdan trat für die Begünstigung der „nationalen“ Arbeiter ein. Herr v. Kardorff hat aber erklärt, diese seien ja noch schlimmer als die Sozialdemokraten. Unter den herrschenden Umständen werden bald alle Arbeiter unter unser Joch verfallen sein. Auf der einen Seite die bunt zusammengewürfelte Masse der Reaktion, auf der anderen die Sozialdemokratie und dazwischen eine tiefe Kluft. Das ist das Ziel des großen Kampfes. (Leb. Beif. b. d. Soz.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fischer: Berichte von Fabrikinspektoren werden sich nicht lesen lassen wie ein französischer Roman. (Heiterkeit rechts.) Durch das Kinderchutzgesetz ist die Arbeit der Fabrikinspektoren wesentlich vermindert worden.

Abg. Bajer (natlib.): Nur einige Worte über den 21. Januar. Je fester die Regierung auftrat, desto weicher wurde die Sozialdemokratie. (Lachen b. d. Soz.) Die zweifellos ursprünglich geplanten Straßenumzüge sind trotz aller schwärmerischen Artikel der sozialdemokratischen Presse unterblieben. (Zuruf b. d. Soz.: Wer hat das für geschwärmt? Was Sie doch einen solchen Artikel vor!) Angeht die Vorgänge in Hamburg und Dresden hat die Regierung mit ihren Vorstandsmitgliedern nur ihre Schuldigkeit getan. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte, Lachen b. d. Soz.)

Das angekündigte Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist sehr notwendig; ich glaube aber nicht, daß das Gesetz, wie wir es schaffen werden, der Sozialdemokratie gefallen wird. (Hört, hört! b. d. Soz.) Redner tritt für Schaffung eines Reichsanwalterbundes, Minimalstrafe und bessere Sonntagsruhe für die Binnenarbeiter, Förderung des Genossenschaftswesens, Magazinalarbeit für die Lageristen und für Vereinfachung der ganzen Versicherungs-gesetzgebung ein. (Beifall b. d. Natlib.)

Hierauf verlag sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Interpellation Albrecht über den Unfall auf Zsche B. o. russia, Fortsetzung der Staatsberatung.)

Schluß 6 Uhr.

Aus der Parteibewegung.

Ein Sozialdemokrat beim Großherzog. Eine Sozialdemokratische „Damen-Tagung“, in der mitgeteilt wurde, daß unter andern Herren auch das Mitglied des Reichstags Cramer beim Großherzog zur Audienz gewesen sei, hat Anlaß zu einer Reihe polemischer Bemerkungen gegen Genossen Cramer in der Parteipresse gegeben. Genosse Cramer schreibt nun über den Vorgang der Frankfurter „Volksstimme“. Es dreht sich dabei durchaus um keine politische Aktion, sondern um eine rein kommunale Sache. Die sich mit dem fortgeschrittenen Stoen des Künftlers Dörich und des Großherzogs deckt. Ein paradisißches Fiedchen Erde, das Cramer von Eltern her im Besitz hat, soll der Lage und Landchaft entsprechend, in Form einer Gartenstadt in den bebauten Anlagen eingereicht werden. Das Einfamilienhaus mit kleinem Garten soll hier zunächst zum Ausbruch gebracht werden. Ein lang erwarteter Wunsch der zum Teil armen Bürger, in ihren Gärten bauen und wohnen zu dürfen, soll durch die Initiative des Künftlers Dörich verwirklicht werden. In unserer Residenz ist in solchen Angelegenheiten der Großherzog fast maßgebend. Der erste Schritt zu ihm schien deshalb den Besitzern den besten Erfolgs zu versprechen. Eine engere Vertrauens- und Bekanntschaft, deren Vorbedingung ich bin, wurde gewünscht, darunter auch ich. Was nun nun? Sollte ich ablehnen? Das schied mir den Mitgliedern gegenüber sehr, zumal ich bisher mit ganzer Seele an dieser Sache gearbeitet hatte. Ich erinnere mich auch, daß wir während meiner Landtagsfähigkeit uns mehrmals mit dem Großherzog in der ungewohnten Weise unterhalten hatten und daß der „Vorwärts“ selbst einmal in einer Notiz von dem voranteltesten Großherzog geschrieben habe. Es konnte also nach meiner Auffassung kein Verbrechen sein, wenn ein vereinzelter Bürger in einer solchen Angelegenheit den voranteltesten Großherzog im Audienzzimmer aufsucht. Diese Begegnung mit dem Großherzog verließ denn auch in der formlosesten Form und jähle zu der erfolgreichen Vereinigung einer gemeinsamen Fder.

Unser Offenhäuser Parteiklub, das die Sache besser beurteilen kann wie wir, da es in der Nachbarschaft Darmstadt erscheint, faßt die Sache nicht so harmlos auf wie Cramer. Es schreibt: In der vorliegenden Geschichte hat nicht Cramer, sondern es hat die sozialdemokratische Partei sich etwas zu verbitten. Denn — die Rolle Cramers in allen Ehren — es handelt sich doch darum, daß der Monarch angerufen wird zu einer Einflußnahme auf die kommunale Selbstverwaltung. Das ist unter allen Umständen zu tadeln, doppelt zu tadeln aber in einer Stadt, die das fast unbeschänkte allgemeine, gleiche Wahlrecht zur Gemeindeverwaltung hat!

Ein gerichtliches Nachspiel zum roten Sonntag wird es auch in Mannheim geben. Dort erlaubte sich die Polizei auch recht arge Stichele gegenüber den demonstrierenden Arbeitern die „Volksstimme“ kritisierte sie, erwiderte damit aber nur, daß ihrem Redakteur eine Anklage zugelegt wurde. Da Mannheim in Baden liegt, werden die Geschworenen darüber zu entscheiden haben ob die „Volksstimme“ tatsächlich die Mannheimer Belegschaften beleidigt hat.

Ein unerquicklicher Streit spielt seit längerem wieder zwischen der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“. Die bürgerliche Presse hat die gegenseitigen „Liebesmähndelungen“ schon weilsch abgeklärt, wir haben unsere Leser bisher damit versehen, um so mehr als die Entschridung des Verbotsverbandes durch die Leipziger Buchdrucker-Versammlung angesetzt worden ist. Der Verbotsverband erläßt nun folgende Erklärung: Auf Anregung des Leipziger Verbotsverbandes und im Auftrag der dortigen Sammelglieder hat der Unterzeichnete sich mit den Ausschussmitgliedern der „Leipziger Volkszeitung“ und der Redaktion des „Korrespondent“ bzw. dem Redaktions-Vorstande beauftragt und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker spricht betreffs der unlesbaren Polemik zwischen der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Korrespondent“ nach Anhörung der Vertreter des Leipziger Verbotsverbandes und der Redaktion des „Korrespondent“ sein lebhaftes Bedauern über die fortgesetzten Meinungen zwischen diesen beiden Organen aus.

Er erkennt an, daß die Redaktion des „Korrespondent“ den Angriffen der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber wiederholt zu energischer Abwehr berechtigt war (siehe neuerdings solche gegen den Bericht über die Frankfurter Trennungszugänge und den Reichsartikel unseres Organes), bedauert jedoch die Art, die, wenn sie auch lediglich als eine logische Schlussfolgerung der bisherigen Stellungnahme des „Korrespondent“ der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber zu betrachten sind, zu gegebener Zeit aber als faktisch nicht anerkannt werden können.

Der Vorstand spricht die Erwartung aus, daß die Redaktion des „Korr.“ für die Zukunft gegenüber weiteren Angriffen der „Leipziger Volkszeitung“ (deren Animosität gegen die Buchdrucker faktisch bekannt ist) auf den „Korr.“ und die Allgemeinheit der Buchdrucker einen respektvollen Standpunkt einnimmt und solche Angriffe zu geeigneter Zeit den berechtigten Verbandsinstanzen zur Stellungnahme unterbreitet.“

Sozialismus in Südafrika. Bei einer parlamentarischen Nachwahl, welche kürzlich in Durban (Natal) vorzunehmen war, hatten die beiden bürgerlichen Parteien sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Der „Politische Arbeiterbund“ stellte diesem den Dr. Haggard gegenüber, der als Sozialist bekannt und in der politischen wie in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sehr tätig ist. Der bürgerliche Kandidat siegte zwar mit 1818 Stimmen über Dr. Haggard, der 1055 Stimmen erhielt; die Sozialisten in der Kapkolonie und Natal sind aber über dieses Resultat hoch erfreut und betrachten es als ein gutes Zeichen für die kommenden allgemeinen Wahlen. — In Kapstadt ist kürzlich auch ein neues sozialistisches Blatt herausgegeben worden, von dessen Verbreitung man sich viel Vorteil für die Sache des Sozialismus verspricht. —

Gewerkschaftsbewegung.

Die Schuhmacher der Firma Julius Glatz u. Co. in Breslau eruchten die Firma um minimale Erhöhungen ihrer Löhne, welche zurzeit zirka 10 bis 12 Mark wöchentlich betragen. Die Firma erklärte den Arbeitern, nichts bewilligen zu können, da sie ohnehin schon mit Verlust arbeite. Die Arbeiter haben einstimmig beschlossen, die Klündigung einzutreten. Zugang ist fern zu halten. —

Die Lohnbewegung in der Fahrradfabrik von Gebr. Reichlein in Brandenburg a. O. (Brennau-Verkehrsverwerk) hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Metallarbeiter aller Branchen, Maler und Lackierer haben Brandenburg zu meiden. —

Formereit in Kaiserlautern. Da das Verlangen der Arbeiter der Firma Gebr. Heiser auf Mindernahme der Lohnsätze und Entlassung des Meisters nicht bewilligt wurde, legten sämtliche Formereit und Gießereiarbeiter die Arbeit nieder. Die Firma sucht von auswärtigen Arbeitern anzulocken. Zugang von Formern und Gießereiarbeitern ist strengstens fern zu halten. —

k. Kommu. Scharinacher. Der liberale Stadtmagistrat Augsburg hat neue Vorschriften für Vergebung gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen erlassen. In dieselben ist nicht nur die Streikklausel im für die Unternehmer günstigsten Sinne aufgenommen worden, sondern durch Mehrheitsbeschluß der aus Fabrikbesitzern, Kommerzienräten und Handwerksmeistern zusammengesetzten Stadtvorwaltung kam auch noch ein Aussperrklausel mit der Opposition der beiden Bürgermeister, denen ein solcher Beschluß selbst zu weit ging, in die Bestimmungen hinein. Der Passus sagt, daß im Falle einer Ausspernung sich der Magistrat das Recht der Stellungnahme im einzelnen Falle vorbehält. Damit ist bei der derzeitigen Zusammensetzung der Stadtvorwaltung der scharinacherischen Willkür freie Bahn geschaffen. Eine von einem Mitglied des Magistrats ausgehende Anregung, die Vorschriften vor der Annahme erst der Öffentlichkeit und damit den Organisationen zur Kritik zu unterbreiten, wurde abgelehnt. Von Seiten der Bürgermeister wurde ausdrücklich konstatiert, daß die neuen Submissionsbedingungen ein Verstoß sein sollen, dem Handwerk wieder auf die Füße zu helfen. Problematische Experimente auf Kosten der Allgemeinheit. Und das nennt man liberale Stadtverwaltung!

Das Koalitionsrecht in der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg erklärt in der „Augsburger Abendzeitung“ folgende Erklärung: „In der 67. Plenarsitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten hat laut Bericht der „Augsb. Abendzeitung“ vom 26. d. M. der Abgeordnete Schwarz u. a. geäußert: „daß in der Maschinenfabrik Augsburg die Arbeiter vor die Tür gesetzt werden, welche es wagen, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen.“ Den Erfinder dieser Behauptung erklären wir für einen Perleumder. Der bayerische Abgeordnete hätte sich mühelos richtige Information erholen können, anstatt eine derartige Verleumdung und große Unwahrheit unter dem Schutze der Immunität vor dem ganzen Lande vorzutragen. Augsburg, den 20. Januar 1906.

Vereinigte Maschinenfabrik und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg A.-G. H. Bus. Dazu bemerkt die „Frankfurter Tagespost“: Der Abgeordnete Schwarz hat in der Kammer ja bereits diese „Erklärung“ mit dem Hinweis auf einen speziellen Fall abgeben. Auch wir haben jaenerzeit davon ausführlich berichtet, wie Arbeiter mit 20 und mehr Diennjahren aufs Pfahler gemorren wurden und noch werden. Es herrscht seit der Gründung des Vereins der Nichtorganisierten im Ort Augsburg der gelbe Schrecken! Ein ganzes Heer von Denunzianten umlauert die Organisierten, keiner der letzteren ist sicher, am Abend seine Entlassung zu bekommen unter Vorbehaltung von Gründen. Alle möglichen Mittel werden angewendet, organisierte Arbeiter zum Ausritt aus der gewerkschaftlichen Organisation zu veranlassen. In gewerkschaftliche Versammlungen werden Tüpfel geschickt und im Bezirk der Firma in der „Freiwilrige“ Führer der Nichtorganisierten“ und der Staatsanwalt für die Organisierten. Die organisierten Arbeiter und die bereits Entlassenen können Gerechtigkeit über die „Koalitionsfreiheit“ im Orte Augsburg erzählen. Und nun lese man diese Erklärung der Direktion!

Provinz und Umgegend.

Cracau, 3. Februar. (Wahlvereinsversammlung.) Da die Cracauer Genossen in ihrem Orte kein Bezirkslokal besitzen, mußten sie am Sonntag wieder nach Magdeburg, und zwar nach dem „Bürgerhaus“ gehen, um dort ihre Versammlung abzuhalten. Die Kostenabrechnung wurde, da ein Wechsel in den Karten ab 1. Januar eingetreten ist und die alten Karten bis Ende Dezember v. J. noch nicht bei sämtlichen Mitgliedern geliebt waren, bis nächsten Monat verschoben. Hierauf wurde als Kandidat für die dritte Klasse zu den Kommunalwahlen Genosse Kutz angefeht. Um eine rege Wahl-agitation zu entfalten, wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche im Verein mit dem Vorstand des Wahlvereins arbeiten soll. Außerdem wurde aber darauf hingewiesen, daß jedes einzelne Mitglied sein Schicksal selbst in die Hand nehmen sollte. Unter „Beschwerden“ wurde vom Vorstehenden die im vergangenen Jahre angenommene Statistik über das Verhältnis der Arbeiter zur „Volksstimme“ zur Zahl der am höchsten Orte Organisierten bekannt gegeben. Genosse Kutz brachte hierzu den Antrag ein, in gemeinsamer Sitzung mit den Roffieren der Gewerkschaften das Material noch einmal zu prüfen, um der nächsten Versammlung ein genaues Bild geben und eventuell schon über einen Fortschritt berichten zu können. Genosse Scharinacher wurde dazu ersucht Bericht zu erstatten über die Antwort der Redaktion zu dem Artikel „Schlafen oder Träumen“. Er spricht sich dahin aus, solche noch nicht bekommen zu haben; er wolle die Sache ruhen lassen bis die Kommunalwahlen vorbei wären. (Der Brief des Genossen Scharinacher liegt in keiner Zeile

Cracau, 3. Februar. (Wahlvereinsversammlung.) Da die Cracauer Genossen in ihrem Orte kein Bezirkslokal besitzen, mußten sie am Sonntag wieder nach Magdeburg, und zwar nach dem „Bürgerhaus“ gehen, um dort ihre Versammlung abzuhalten. Die Kostenabrechnung wurde, da ein Wechsel in den Karten ab 1. Januar eingetreten ist und die alten Karten bis Ende Dezember v. J. noch nicht bei sämtlichen Mitgliedern geliebt waren, bis nächsten Monat verschoben. Hierauf wurde als Kandidat für die dritte Klasse zu den Kommunalwahlen Genosse Kutz angefeht. Um eine rege Wahl-agitation zu entfalten, wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche im Verein mit dem Vorstand des Wahlvereins arbeiten soll. Außerdem wurde aber darauf hingewiesen, daß jedes einzelne Mitglied sein Schicksal selbst in die Hand nehmen sollte. Unter „Beschwerden“ wurde vom Vorstehenden die im vergangenen Jahre angenommene Statistik über das Verhältnis der Arbeiter zur „Volksstimme“ zur Zahl der am höchsten Orte Organisierten bekannt gegeben. Genosse Kutz brachte hierzu den Antrag ein, in gemeinsamer Sitzung mit den Roffieren der Gewerkschaften das Material noch einmal zu prüfen, um der nächsten Versammlung ein genaues Bild geben und eventuell schon über einen Fortschritt berichten zu können. Genosse Scharinacher wurde dazu ersucht Bericht zu erstatten über die Antwort der Redaktion zu dem Artikel „Schlafen oder Träumen“. Er spricht sich dahin aus, solche noch nicht bekommen zu haben; er wolle die Sache ruhen lassen bis die Kommunalwahlen vorbei wären. (Der Brief des Genossen Scharinacher liegt in keiner Zeile

Cracau, 3. Februar. (Wahlvereinsversammlung.) Da die Cracauer Genossen in ihrem Orte kein Bezirkslokal besitzen, mußten sie am Sonntag wieder nach Magdeburg, und zwar nach dem „Bürgerhaus“ gehen, um dort ihre Versammlung abzuhalten. Die Kostenabrechnung wurde, da ein Wechsel in den Karten ab 1. Januar eingetreten ist und die alten Karten bis Ende Dezember v. J. noch nicht bei sämtlichen Mitgliedern geliebt waren, bis nächsten Monat verschoben. Hierauf wurde als Kandidat für die dritte Klasse zu den Kommunalwahlen Genosse Kutz angefeht. Um eine rege Wahl-agitation zu entfalten, wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche im Verein mit dem Vorstand des Wahlvereins arbeiten soll. Außerdem wurde aber darauf hingewiesen, daß jedes einzelne Mitglied sein Schicksal selbst in die Hand nehmen sollte. Unter „Beschwerden“ wurde vom Vorstehenden die im vergangenen Jahre angenommene Statistik über das Verhältnis der Arbeiter zur „Volksstimme“ zur Zahl der am höchsten Orte Organisierten bekannt gegeben. Genosse Kutz brachte hierzu den Antrag ein, in gemeinsamer Sitzung mit den Roffieren der Gewerkschaften das Material noch einmal zu prüfen, um der nächsten Versammlung ein genaues Bild geben und eventuell schon über einen Fortschritt berichten zu können. Genosse Scharinacher wurde dazu ersucht Bericht zu erstatten über die Antwort der Redaktion zu dem Artikel „Schlafen oder Träumen“. Er spricht sich dahin aus, solche noch nicht bekommen zu haben; er wolle die Sache ruhen lassen bis die Kommunalwahlen vorbei wären. (Der Brief des Genossen Scharinacher liegt in keiner Zeile

vermuten, daß eine Antwort erwartet werde. Red.) Zum Schnitt Genosse Krumbholz die Frage an: Warum ist uns das Lokal „Schweizerhalle“ entzogen worden? In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß die Parteigenossen nicht zum wenigsten selbst schuld daran seien und hauptsächlich persönliche Sachen dabei zurande lägen. Genosse Kutz meinte jedoch, daß Arbeiter und gerade Sozialdemokraten es verlangen könnten, von den Saalwirts in derselben lokalen Art und Weise behandelt zu werden, wie es in bürgerlichen Kreisen geschieht; hätten sich die Schmidtsdorffs Erben (Frau Roth als Inhaberin) dies angeeignet sein lassen, wäre das Lokal unbedingt besser besucht worden. Genosse Krumbholz hielt es auch nicht für richtig, in Bezug auf ein Lokal zu erhalten zu suchen, während das in Cracau vernachlässigt würde. Auch hierin tritt ihm Genosse Kutz entgegen. Die Sozialdemokratie müsse ihre Fühlhörner auch in die weitere Umgebung ausstrecken; die Cracauer Genossen könnten sich im Notfall mit Magdeburger Lokalen behelfen, während dies von weiter auswärts wohnenden Genossen nicht zu verlangen wäre. Genosse Benz stellte fest, daß durch die Agitation in Bezug verschiedene Verbandsmitglieder und Leser der „Volksstimme“ gewonnen worden seien. Genosse Kutz wünscht noch die Aufstellung von zwei Kandidaten zur Kommunalwahl in Cracau, was leider nicht geschehen konnte, da von den sonst so tüchtigen Genossen aus Cracau zu wenig anwesend waren. —

Barby, 3. Februar. (Volksversammlung.) Die am Sonntag abgehaltene Volksversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Unser Reichstagsabgeordneter Abg. V. L. b. r. e. c. h t sprach über Rechte und Pflichten des Volkes. Im ersten Teile seines Vortrages gestellte Redner das preussische Wahlrecht in treffender Weise. Ironisch beleuchtete er die Angst der Gegner vor dem 21. Januar; hätten diese nur das geringste Verständnis von dem Wesen der Sozialdemokratie, sie hätten nicht ihre ganze Macht und Herrlichkeit mobilisiert. Eine Partei könne keine Revolution machen; diese könne nur ein Volk machen. Die Sozialdemokraten wollten nur auf gesetzlichem Wege ihr Ziel erreichen. Die Anwendung von Gewaltmitteln läge bei den Gegnern, wie das ja auch die zuffische Regierung am 22. Januar v. J. gezeigt hätte. Nachdem Redner im zweiten Teile seines Vortrages die Belastung des Volkes durch immer neue indirekte Steuern geschildert hatte, fand Schluß der Versammlung statt. —

Born, 5. Februar. (Eine Liebestragödie) hat sich hier am Sonnabend abgepielt. Ein junges Liebespaar, der Arbeiter Friedrich Schuchert und die Arbeiterin Beria Schild, hat sich ertränkt. Am Freitag waren die beiden nach Magdeburg gefahren, um sich hier mit Hochzeitskleidern zu versehen. Diese haben sie angezogen, sich dann mit Leuchtentzündern zusammengebunden und so gemeinsam den Tod für das Leben eingetauscht. —

Burg, 8. Februar. (Eine Stadtverordneten-sitzung) findet diese Woche noch nicht statt. Zeit wäre es ja allerdings, daß eine Sitzung stattfindet, — es sind bereits seit der letzten 4 Wochen verfloßen. Um unndigen Ergänzungen ein Ende zu bereiten, weisen wir darauf hin, daß unsere beiden Genossen in der nächste Woche stattfindenden Sitzung eingeführt werden. —

Burg, 6. Februar. (K. r. u. n. g. l. i. c. k. t.) ist Ende voriger Woche in der W. Meindelschen Leberfabrik der Lehrling Matthes dadurch, daß er mit dem linken Arm in die Abfehmmaschine geriet, wodurch der Arm völlig zerfetzt wurde und abgenommen werden mußte. —

Commeru, 6. Februar. (Der Konsumverein für Sommeru und Umgegend beschloß in einer Generalversammlung, um die Konzeption zum Brauweinverkauf einzutreten. Polizeiverwaltung und Magistrat und mit ihnen der Kreisaußschuß stellten sich auf den Standpunkt, daß kein Bedarfsplan vorhanden sei, da in Commeru mit seinen 5500 Einwohnern bereits 30 Brauweinverkaufsstellen vorhanden wären. Dabei soll aber in der Breitstraße, wo schon neun Restaurants sind, noch ein zehntes mit Hotel gebaut werden. Dessen Besitzer hatte die Konzeption sofort erhalten. Am 2. Februar war das Vorhandensmitleid Rahlb zu mündlichen Verhandlung vor dem Kreisaußschuß. Hier erklärte ihm Herr Bürgermeister Penning, daß er als Schriftführer seines Verbandes doch wissen müsse, daß in der letzten Verbandsversammlung vor dem übermäßigen Schnapsgenuß gewarnt worden sei. Trotzdem wolle jetzt der Konsumverein die Konzeption. Das ist zwar sehr recht. Der Konsumverein hat aber einmal mit dem Verband nichts zu tun, und zum andern muß die Verwaltung des Konsumvereins den Willen der Mehrheit der Mitglieder befolgen. Es gibt eben auch dort noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. —

Commeru, 6. Februar. (In G. e. f. a. h. r. s. c. h. w. e. b. e. n.) dieser Tage im Steinbruch des Herrn Louis Schröder zwei Menschenleben infolge der unbedachten Handlungsweise eines Brauchmeisters. Ein Aufseher von der Korrekionsanstalt in Salze befaßl einen seiner Leute, dem Brauchmeister Gottwald zu sagen, daß Steine von oben heruntergeworfen werden müßten. Letzterer ordnete das auch an, obwohl unten noch zwei Leute arbeiteten. Verunglückt ist glücklicherweise keiner von ihnen, was gar zu leicht hätte geschehen können. Die Handlungsweise des Meisters war mindestens unüberlegt, zumal er eine solche Anordnung während der Arbeitszeit nicht treffen durfte. —

Salberstadt, 5. Februar. (Verhrlingsgesuchsonderlicher Art) leistet sich der Handbuhfabrikant Lisch. Nicht allein, daß er solche durch den hiesigen städtischen Arbeitsnachweis sucht, hat er sogar in den Volksschulen angefaht, wer von den Knaben Lust habe, Handbuhmacher zu lernen. Letzteres erschien uns kaum glaublich, doch wird uns von verschiedenen Seiten berichtet, die Jungen hätten es ihren Eltern erzählt. Bei den miserablen Arbeitsverhältnissen im Handbuhmacherberuf finden sich immer weniger, die sich diesem Beruf widmen. Herr Lisch wird mit seinen Veruchen infolgedessen auch nicht viel Glück haben. —

Salberstadt, 5. Februar. (Der Koalitionsrechtsraub) an den städtischen Arbeitern hat bei der hiesigen Arbeiterschaft sowie bei allen rechtlich denkenden Menschen große Entrüstung hervorgerufen, zumal nun auch der Magistrat und der Verwaltungsrat des Gaswerks die unrechtmäßige Entlassung billigen. Morgen und Mittwoch wird in ganz Halberstadt ein diesbezügliches Flugblatt verbreitet. Die am Mittwoch abend im „Deum“ stattfindende Versammlung muß auf alle Fälle gut besucht werden. Es muß gegen die Handlungsweise des Direktors Junt sowie gegen den Magistrat Protest erhoben werden. Wer dem Arbeiter das Koalitionsrecht raubt, raubt ihm alles und verweigert sich an seinen heiligsten Rechten. Dies kann nicht so stillschweigend hingenommen werden. Also auf zur Versammlung! —

Stahfurt, 5. Februar. (Ausstand in Sicht.) Die Vereinigten chemischen Fabriken Stahfurt „Alliengießerei“ haben vor längerer Zeit auch die ehemals Schippansche Fabrik erworben und betreiben dort die Fabrikation von Superphosphat. Die Arbeit hierbei ist sehr gesundheitschädlich, sehr heiß und unangenehm und sehr schwer. Trotzdem sind die Löhne, meistens Akkord, sehr niedrig. Bei der schwersten Arbeit wird ein Stundenlohn von kaum 40 Pf. verdient. Bei andern Akkordarbeiten vermögen die Arbeiter nur mit Mühe den Existenzlohn herauszuschlagen. Früher waren ja die Löhne etwas besser, aber nachdem Herr Dr. Seliger Betriebsleiter geworden war, trat eine Reduzierung ein. Auch sonst herrschen auf der Fabrik mancherlei Unbehörden, so daß sich die Fabrik bei den Arbeitern von Stahfurt und Umgegend nicht des besten Rufes erfreut und gern gemieden wird. Aber die Verhältnisse zwingen doch manchen, dort Arbeit zu nehmen. Im Laufe der Zeit sind die Missetände merklich geworden, der gezahlte Lohn fand in keinem Verhältnis zur aufgewendeten Arbeit. Die Unzufriedenheit war groß und so traten die Arbeiter am letzten Sonnabend zu einer Betriebsbesprechung zusammen. Die dort gepflogenen Verhandlungen verhielten sich zu folgender einstimmig angenommenen Resolution: „Die heutige Belegschafts-Versammlung der Stahfurter chemischen Fabrik 4. vormalis Schippans, betrachtet die dort herrschenden Zustände als menschenunwürdig und erklärt einmütig, falls sich die Betriebsleitung nicht gemüßigt sieht, Verbesserungen, welche von der gewählten Kommission unterbreitet werden, einzuführen, die Arbeit niederzulegen.“ Am Montag trat nun die Kommission, gestützt auf das Mandat der gut organisierten und vom besten Geiste belebten Belegschaft an den Betriebsleiter, Herrn Dr. Seliger, mit den Forderungen heran. Die Abstellung der gerügten Zustände sagte der Herr sofort zu. Gegenüber der verlangten Lohnaufbesserung, die in der Hauptsache nichts weiter bezweckt, als die Wiederherstellung der alten

Sätze, verbreit er sich sehr zugehörig. Er urteilte, beim Superphosphat würde nichts verdient und hielt die bisher erzielte Dividende von 8 bis 10 Prozent für niedrig. Die Arbeiter, aus deren Knochen sie herausgepresst wird, sind freilich darüber anderer Meinung. Selbst der Hinweis auf die gegenwärtige Tennung verlagte bei ihm. Schließlich dat er sich Bedenkzeit bis Mittwoch aus, nicht ohne drohend bemerkt zu haben: „Die Folgen davon tragen Sie im Sommer.“ Niemand wird es wohl edel gehandelt finden, wenn man die Kommissionsmitglieder dafür sitzen lassen wollte, daß sie die Interessen ihrer Kameraden wahrnehmen. Vor kurzem erst hatten die Vereinigten chemischen Fabriken Schluß für einen Konflikt auf ihrer Freilagchen Fabrik, jetzt haben sie ihn wieder auf der Schlippangen. Da wird Herr Dr. Dupré gewiß sehr verdrüßlich sein.

Gerichts-Beitrag.

Ein Zeittitel zu der Ulmer Notstandsaffäre. Vor dem Schwurgericht in Dortmund standen als Angeklagte ein Bergpraktikant und ein Steiger. Die Anklage wirkt den beiden vor, sich in der Nacht zum 12. August 1908 gegen das damals 16 Jahre alte Dienstmädchen Anna M. aus Dortmund unzüchtig, und zwar mit Gewalt, jeder durch eine selbständige Handlung, vergangen zu haben. Die Angeklagten wohnten im selben Hause wie das Mädchen. Sie waren in der fraglichen Nacht gemeinsam in das Zimmer des Mädchens eingedrungen, der eine durch die Tür, der andre durchs Fenster. Das Mädchen befindet unter Erb, daß die beiden Gewalt bei ihr angewendet haben, sie hätten aber ihren Zweck nicht erreichen können, weil sie sich gewehrt und Alarm geschlagen habe. Durch die Aussagen weiterer Zeugen werden die Angeklagten ebenfalls belastet. Ein Sachverständiger mißt den Aussagen des Mädchens volle Glaubwürdigkeit bei. Endlich haben sich die Angeklagten selbst dadurch belastet, daß sie die Abficht hatten, ins Ausland zu fliehen und auch dritten Personen gegenüber ihre Schuld eingestanden und selbst mehrere Monate Gefängnis erwarct hatten. So konnte eigentlich niemand daran zweifeln, daß eine Verurteilung erfolgen werde. Der Staatsanwalt hielt auch die Hauptpunkte der Anklage für „voll und ganz“ erwiesen und plädierte auf schuldig. Die Angeklagten hatten sich den ultimativen Revisionsanwalt Wulff-Dortmund zum Verteidiger erkoren. Dieser Herr suchte die Missethate zu entschuldigen durch den „Vorwurf“ gegen das Mädchen, es sei ja unehelicher Geburt! Und dann sprach er weiter von erheblicher Belastung und großer fleischer Reigung aller unehelich Geborenen! Und wirklich: die Geschwornen sprachen das Nichtschuldig aus, worauf das Gericht auf Freisprechung erkannte!

2 Jahre unerschuldig im Gefängnis. Der Schneidergeselle Schröder aus Papeburg, ein durchaus unbescholtener Mann, arbeitete bei einem Meister in Wiemelshausen, in dessen Hause auch ein Altmacher wohnte. Bei diesem wurde ein schwerer Einbruch verübt. Ein anderer Schneidergeselle namens Seybers, der mit Schröder zusammenarbeitete, lenkte den Verdacht auf Schröder und dieser wurde trotz seiner Unschuldsbeteuerungen lediglich auf das alleinige Zeugnis des Seybers hin zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der moralischen Qualifikation des Zeugen hielt man leider keine Nachforschung, die in diesem Falle wohl am Platze war. Denn später wurde Seybers selbst wegen Straßenraubes zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Dabei kam auch ans Licht, daß er ein alter Gewohnheitsverbrecher mit einem großen Vorrat Strafenkonto war. Daraufhin wurde im Falle Schröder das Wiedererforschungsbefahren angeordnet und gleichzeitig gegen Seybers Anklage wegen Meineids erhoben und Seybers zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die formelle Freisprechung des Schröder, der sofort entlassen wurde, steht danach unmitelbar bevor. — Irrtümern ist die Justiz stets unterworfen; daraus ist ihr kein Vorwurf zu machen. Manchmal scheint aber doch zu sehr rein formalistisch verfahren zu werden. Denn die Verurteilung des Schröder durfte auf keinen Fall erfolgen, sofern man den Zeugen Seybers auf Herz und Nieren prüfte. Dazu lag aber die allerdingste Veranlassung vor, wenn es sich um ihn als den einzigen Zeugen handelte und von seinem alleinigen Zeugnis Ehre und Freiheit eines durchaus unbescholtener Mannes abhing. Da kann die Vorsicht doch überhaupt nicht weit genug gehen.

Bermischte Nachrichten.

1. Eine neue Erklärung des Polarlichts gibt der Physiker Ch. Nordmann auf Grund seiner Theorie des Erdmagnetismus. Danach besteht kein enger Zusammenhang, wie man bisher angenommen hatte, zwischen erdmagnetischen Störungen einerseits und dem Polarlicht andererseits. Nach der neuen Hypothese Nordmanns sendet die Sonne durch ihre Strahlen die sogenannten herischen Wellen aus, die verdünnte Gase leuchten zu machen vermögen und in der verdünnten Luft der Höhen über der Polarregion Kathodenstrahlen entstehen lassen. Wie in einer Geißlerischen Röhre um glühendes Licht die Kathode umgibt, so ist auch das Polarlicht eine Kathodenlichterscheinung. Zudem ist in den verdünnten Luftschichten durch die von der Sonne ausgehenden herischen Wellen verursachten Strahlen die Wirkung des magnetischen Kraftfeldes der Erde einschlagend und diese Kraftlinien in den Polarregionen fast vertikal verlaufen, so erklärt sich durch diese Kreuzung auch die wechselnde Form der Polarlichter, wie Ovale, Ränder usw.

*** Schweinepest.** Vom Stützpunkt des Landwirtschaftlichen Vereins in Schönerstedt (Sachsen) wurden auch sehr über gerichte Tafelfleischer geschoren, in deren einen sich Verfasser und Säger folgende ausnehmend dreiste Verhöhnung der Volksnot leisteten:

Wie sich doch die Pentel füllen,
Nist und Käsen werden voll.
:: Und man weiß beim besten Willen
Nicht mehr, wo man's hintun soll. ::
Es ist ja auch ganz leicht erklärlich,
Denn die Sauzucht bringt was ein.
Wär' die Sau nur zehnmal jährlich,
Wär' das Geschäft noch besser sein.
Auch der Preis der fetten Schweine
Kommt noch immer höher nan;
:: Geht's sofort, so sterb'n ich meine,
Noch die Sau'n am Größentwahn. ::

Die etelhafte Frechheit dieser Agrariergesellschaft wird nur übertroffen durch ihre Verdrängtheit: die derartige Reimerieen verbricht, und ihre rasende Profitgier. Es ist doch einmal gut, wenn diese Korngoll- und Schweinezüchter die Legende von der „notleidenden Landwirtschaft“ in prächtigen Mundgefangen selbst ad absurdum führen. Geht es so fort, so sterben nicht die Sauen, aber diese Herren selbst am Größentwahn.

Kleine Chronik.

4 Jahre Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Die Strafkammer in Görlitz verurteilte den Schuhmacher Schöne aus Weißwasser wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren Gefängnis. — Schöne ist bereits dreimal wegen Majestätsbeleidigung vorbestraft. Der Mann gehört wohl eher ins Irrenhaus als ins Gefängnis.

Von einem Haiisch getötet.

Im Hafen von Durban wurde beim Baden der 14jährige Sohn Erich des in Magdeburg ansässigen Schächtersmeisters Hannemann getötet. Der junge Hannemann, welcher

seit dem 3. Juli d. J. als Schiffsjunge auf einem Handelschiff seine Ausbildung erhält und vor kurzem in Durban eingetroffen war, ging in Begleitung eines Bandmanns am dortigen Hafen spazieren, als gerade eine größere Anzahl von Matrosen sich umweit des Hafens im Wasser tummelte. Dies veranlaßte die beiden Spaziergänger, sich ihrer Kleider zu entledigen und ebenfalls ein erfrischendes Bad zu nehmen. Als sie aber etwa zehn Meter vom Lande abgeschwommen waren, wurde Hannemann von einem plötzlich auftauchenden Haiisch an der Brust gepackt. Dem Geschick des Unglücklichen gelang es zwar, dem gefährlichen Räuber sein Opfer zu entziehen, doch konnte er es nicht verhindern, daß das Ungeheum dem jungen Manne ein Bein und einen Arm abbiß. Im Land gebracht, gab der so furchtbar Jugerichtete nach wenigen Minuten seinen Geist auf.

Ein Lehrer als Sittenverbrecher.

Die Strafkammer in Dresden verurteilte den Volksschullehrer Richter wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an Knaben, zu achtzehn Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Der Skandal in Vallendar.

Infolge der Mißstände in der Verwaltung zu Vallendar, von denen wir kürzlich berichteten, haben nunmehr auch die Gemeinderatsmitglieder der zur Landbillgermesterei Vallendar gehörenden Gemeinden Niederwerth und Wellerburg ihre Venner niedergelegt, weil Geheimschanden bestanden, für die Belege nicht vorhanden sind. Die Eingabe betreffs Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung ist am Sonntag an das Staatsministerium abgegangen.

Eine Familie, die das Familienoberhaupt ermordete.

In dem Prozeß gegen die Familie Bauwens in Brüssel, die wegen Ermordung des Familienoberhauptes angeklagt war (wir berichteten gestern darüber), sind die Witwe Bauwens und ihr ältester Sohn wegen Vaters- bzw. Vatermordes zum Tode verurteilt worden, während der 15jährige Leon bis zu seinem 22. Lebensjahre in einem Zuchthaus untergebracht werden wird.

Die Hungersnot in Japan.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, daß die Hungersnot in Japan immer mehr zunimmt. Das Wetter ist ununterbrochen außergewöhnlich kalt, so daß die arme Bevölkerung doppelt leidet. Die Sterblichkeit ist sehr groß. Die Leiden der Landbevölkerung sind kaum zu beschreiben.

Kleine Tauschrouif. Der Werkmeister Bolthe wurde im Marktlauer Stadtwalde erschossen aufgefunden; neben ihm fand man die Witwe Schulz zwar noch lebend, aber mit durchschossenen Augen und erkrankten Gliedern. — Statt zu bezahlen, erstach in Steine bei Neumittelwalde der Arbeiter Diabiel den Gasthausbesitzer Hoffmann, Vater von acht Kindern, als dieser ihn aufforderte, seine Fische zu begleichen. — Ein grauenhafter Fund wurde auf dem Bahnhof in Breslau gemacht. Auf dem Rauchammerdel des um Mitternacht eintreffenden Strohberger Schnellzuges lag der vom Kumpff abgetrennte Kopf eines jungen Mannes. — Trotz der Abkühlung der Straße ist die Perle des unheimlichen Hundes noch unbekannt. — Am Sonntag vormittag war der Besatz in Köhlerer Tätigkeit. Ein Unsturm ergoß sich auf der Südwestseite und bedrohte die Eisenbahnstrecke.

Literarisches.

Im Verlag von J. H. W. Dieß Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Christ und materialistische Geschichtsauffassung.** Ein Versuch von Karl Kautsk. Internationales Bibliothek, Band 38. Preis broschiert 1 Mark, gebunden 1,50 Mark. Der Verfasser sagt in der Vorrede unter anderem: „Wie so manche andere Schrift des Marxismus ist auch diese eine Gelegenheitsarbeit, aus einer Polemik herausgewachsen. Die Kontroverse, die ich im September des vergangenen Jahres mit der damaligen Mehrheit der Redaktion des „Vorwärts“ führte, veranlaßte mich, auch deren „ethische Tendenzen“ zu streifen. Meine Ausführungen darüber wurden aber auf der einen Seite so vielfach mißverstanden, sie trugen mir auf der andern Seite so zahlreiche Anforderungen ein, meine Auffassung der Ethik eingehender und systematischer darzulegen, daß ich mich veranlaßt sah, eine Entwicklung der Ethik auf der Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung wenigstens kurz zu skizzieren. Ich fühle dabei auf jener materialistischen Philosophie, wie sie einerseits Marx und Engels, und in anderer Weise, aber in gleichem Sinne, Joseph Dietzgen begründet haben. Für die Resultate, zu denen ich gelangte, bin ich jedoch allein verantwortlich.“

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ohnmacht? — Die Vergleite und der preußische Landtag. Von Otto Hue. — Der 17. Januar in Hamburg. Von Gustaf Stengels. — Die Lage in den Vereinigten Staaten. Von A. M. Simons (Chicago). — Die Gewerbeinspektion im Jahre 1904. Von D. Stielen. — Vom Arbeitgeber „Staat“. Von E. Kieger. — Ortsüblicher Tagelohn und Kriminalität in Preußen. Von Dr. Siegfrieda. — Literarisches Rundschau: Dr. Bernhard Brande, Die Grundlagen und die Grenzen des Chamberlainismus. Von M. Beer. Dr. Elisabeth Gottscheiner, Die gewerbliche Arbeiterinnenfrage. Von Therese Schlegel-Cappelen. — Notizen: Von der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft. Von E. G. Italienisches Gemüse und Obst in Deutschland. Von ris.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 3 des 16. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Wahlrechtskämpfe in verschiedenen deutschen Bundesstaaten. Von Luise Zick. — Ein Rundgang durch die Heimarbeitausstellung in Berlin. Von M. I. Der Mehrwert. Von Julian Vorkhardt. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Burg bei Magdeburg. — Der rote Sonntag im Wahlkreis Essen. — Rüstliche Prearis in Preußen. — Die Behörden im Kampf gegen die proletarischen Frauen. Die Beteiligung der Arbeiterinnen an den Verrenterwahlen zu den Ortsrentenstellen. — Etwas von Not und Kampf sächsischer Textilarbeiter. — Politische Rundschau. Von G. 2. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Frauenimmediat. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Soziale Gesetzgebung. — Zeitschriften: Menckel. Von Emanuel Geibel. (Gedicht.) — Der heilige Lohse oder Triumph der Rüge. Von August Strindberg. Frauen-Beilage: Die Mutter. Von M. A. Krasnow. (Gedicht.) — Unsere Gesundheits: 10. Säuglingspflege. Von Dr. Adams-Lehmann. — Tierliche Fragen. Von Herr. Fürth. — Heimweh. Von Georg Herwegh. (Gedicht.) — Der Schlarlach. Von Dr. B. Ch. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Zu der Fröhe. Von Eduard Mörike. (Gedicht.)

Bereine und Versammlungen.

Metallarbeiter.

Die erste diesjährige Generalversammlung der Metallarbeiter tagte am 4. Februar im „Luisenpark“ und war, wie gewöhnlich, von mehreren Tausenden besucht. Saal, Galerie und Bühne waren dicht besetzt. Kurz nach 11 Uhr eröffnet der Vorsitzende Brande die Versammlung mit einer kurzen Begrüßung; er wünscht, daß das Jahr 1908 ebenso von Erfolg begleitet sein möge, als das vergangene Jahr. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erheben sich die Anwesenden zu Ehren der im letzten Quartal verstorbenen Mitglieder von ihren Plätzen.

Zum Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1905 führt Brande folgenden aus: Der Bericht, den der Vorstand auch in diesem Jahre den Mitgliedern ge-

brudt zugestellt habe, sei wieder knapp gehalten, damit das, was darin stehe, auch von jedem Mitgliede gelesen und aufgenommen werden. Neben dem Ausdrud der Freude über die allgemeyne Fortschritt, die der Verband im verfloßenen Jahre gemacht habe, sei im Bericht alles andre rein geschäftsmäßig behandelt worden. Die Hauptpunkte seien die jah und hartnäckig durchgeführten Lohnbewegungen. Durch die Tätigkeit des Verbandes wären für mehr als 10 000 Metallarbeiter Lohnerhöhungen erzielt worden. Trotzdem bleibe noch viel zu tun übrig. Gabe es doch noch eine große Zahl gelernter Metallarbeiter wie auch Maschinenarbeiter, Schmiedemacher usw., die trotz der Erhöhung immer noch eine jämmerliche Bezahlung erhielten. Am vorzüglichsten stehe es aber mit den Hilfsarbeitern, die sich gleichfalls mit der Lohnerhöhung des vergangenen Jahres keineswegs zufrieden geben könnten. Die Arbeitszeit sei in den Betrieben mit mehr als 10stündiger täglicher Arbeitszeit herabgesetzt, in einigen auch verürzt auf 69, 68½ und 68 Stunden pro Woche. Der Kampf um die Verringerung resp. Einschränkung der Arbeitszeit sei mit Nachdruck geführt worden und habe wesentliche Erfolge gehabt. Wenn trotzdem, wie in der Maschinenfabrik Budau, Leute vorhanden wären, die täglich 14—20 Stunden arbeiten (Hufe: Feil), so sei das im höchsten Grade zu bedauern. Gearbeitet werde von diesen Leuten nicht. (Lebhafte Beifall.) Sie schädigten sich selbst, die Arbeiter und den Betrieb. Hier seien die Kollegen schuld. Anders stehe es auf dem Grusonwerk, Abteilung Eisengießerei. Es habe eine Aufstellung von sechs Wochen, an welchen die Leute, denen schon eine halbe Stunde Vesperpause angerechnet werde, die nur wenige wirklich hätten, auch noch täglich 10, 15, 20 Minuten nach 9½ Uhr in der Gießerei behalten würden, ohne dafür Bezahlung zu erhalten. Trotzdem schon im Sommer v. J. versprochen sei, auch in der Gießerei um 6 Uhr Arbeitschluss zu machen, herrschten dort jetzt noch derartige Mißstände. Die Behandlung der Arbeiter sei durchweg eine bessere geworden. Wo dies noch nicht der Fall sei, tragen die Kollegen selbst die Schuld. Auf die Anregung des Verbandes hin sei auch in allen Großbetrieben die Lohnzahlung am Freitag eingeführt, weiter sanitäre Verbesserungen vorgenommen und in einigen Betrieben auch wirkliche Arbeiterauskünfte gebildet worden. Zu erwähnen sei noch, daß nunmehr auch die Firma Viebau den Tarif der Heizungsmonteure Deutschlands anerkannt habe, der eine nennenswerte Verbesserung der Arbeitsbedingungen der hier beschäftigten Heizungsmonceure bedeutet.

Nedner kommt dann auf einen Vortrag zu sprechen, den ein Dr. Böbius, Angestellter einer hiesigen Arbeitgeberorganisation, am 23. Oktober in der „Freundschaft“ gehalten habe. Es sei mit Entrüstung zurückzusehen, wenn der Vortragende von „vielen Befähigungen der Arbeitswilligen in der Metallindustrie“ gesprochen habe. Er stelle fest, daß der Metallarbeiter-Verband bisher noch keinen Arbeitgeber wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Organisation und Verrätigung in derselben hochgekörtet habe. Das Ungeheure sei aber an der Tagesordnung. Die schwarze Liste von Otto Gruson und das Vorgehen der Firma Köhlig u. Köniq bei Wolowitz dafür. Es sei Aussicht vorhanden, daß eine gegen die letztere Firma angezeigte Klage dem auf die schwarze Liste gesetzten Manne den vollen Ersatz des Schadens bringen werde.

Dann geht Brande mit dem Verkauf der Gewerksvereine und insbesondere ihres Lokalbeamten ins Gericht. Bei der Verlesung der Artikel aus dem „M. C.“, in welchem dieser Lokalbeamte, mit den gemeinsten Verleumdungen arbeitend, Angehörige des Metallarbeiter-Verbandes den Industriellen, ferner aber auch der Polizei und dem Staatsanwalt zu denuncieren versucht, erkennen fortgesetzt laute Pfui- und Hufe. Es werde darauf noch an anderer Stelle geantwortet werden. Nach Verlesung des Briefes, der in jenem Artikel erwähnt ist, gibt Nedner bekannt, daß die Vertrauensmännerschaft des Verbandes einstimmig erklärt habe, die Teilnahme dieses Beamten des Gewerksvereins an den Werksattversammlungen nicht mehr zu dulden. Die Ortsverwaltung solle der Leitung des Gewerksvereins diese Erklärung übermitteln und derselben anheimstellen, eine andre Vernehmung zu entfeinden. (Zwifender Beifall.)

Die Statistik werde in einigen Wochen fertig gestellt sein und werde ein Gesamtbild der Arbeitsverhältnisse geben, nach welchem in diesem Jahre gearbeitet werden könne. Ernsthafte als bisher müsse die Erringung großer Lokale zu Versammlungszwecken ins Auge gefaßt werden. Besonders für Budau sei der Besitz des früheren „Choreums“, jetzt „Köhlers Konzerts- und Ballhaus“, unbedingt notwendig. Die Metallarbeiter Budaus müssen hierzu das ihrige beitragen. Großen Jubel rief die Mitteilung hervor, daß seit Neujaer schon wieder 500 Mitglieder aufgenommen seien. Nedner küßt hieran die Hoffnung, daß mit der Feier des 15. Stiftungstages zugleich die Zahl der Mitglieder 10 000 erreicht werden möge. Mit der Aufforderung, weiter wie bisher für die Interessen des Verbandes zu agitieren, die „Volksstimme“ zu abonnieren und Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu werden, schloß Brande seine mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Hierauf gibt der Kassierer Gähnen zu dem in den Händen der Mitglieder befindlichen Kassenbericht einige Erläuterungen. Da sich in der Sterbekasse ein Ueberschuß von 6188 Mark ergeben habe, ist beschlossen worden, den Beitrag von 10 auf 5 Pf. für jeden Sterbefall herabzusetzen. Für Bibliotheks- und allgemeine Bildungszwecke ist ein größerer Betrag im Etat eingestellt worden. Bemerkenswert sei, daß unter den letzten Neuaufnahmen sich auch weibliche Personen befinden. Unter großer Heiterkeit schließt Nedner, in welcher Weise die Polizei durch Sittierung der Flugblattverleiher vor der Polizeiischen Fabrik zum fixen Besuch einer Fabrikerversammlung beigetragen habe. Auch die Ausführungen Gähnens wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Kollege Zeijing teilt im Auftrage der Rediren mit, daß Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung vorgefunden seien; er beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen. Nach einer kurzen aber sachlichen Diskussion, an der sich Weisbach, Flügge und Henning beteiligen, wird der Antrag auf Entlastung des Kassierers einstimmig angenommen. Ebenso derjenige, der die Ausschließung des Ortsbeamten Weiler aus den Werksattversammlungen verlangt.

Nach einer kurzen Begründung seitens des Vorsitzenden Brandes gelangen noch folgende Anträge zur Annahme:

1. Die Generalversammlung beschließt die Anstellung eines vierten Beamten. Bewerber um diese Stelle, welche mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein müssen, haben ihre Bewerbung bis spätestens zum 20. Februar an die Ortsverwaltung einzureichen. Diese hat gemeinsam mit den Vertrauensleuten einer außerordentlichen Generalversammlung Vorschläge zur Wahl zu unterbreiten.
2. Die Generalversammlung beschließt: Für Bildungszwecke hat die Verwaltung pro Jahr und Mitglied 10 Pf. zu verausgaben. Soweit in größeren Bezirken außerhalb des Stadtbezirks durch einstimmigen Beschluß aller Gewerkschaften gemeinschaftliche Volksbibliotheken errichtet werden, ist die Verwaltung berechtigt, den Betrag, der der Zahl der im Bezirk ansässigen Mitglieder entspricht, an diese Bibliotheken zu zahlen.

Sodann erfolgte die Wahl einer Kommission zur Vorbereitung des Stiftungsfestes.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden Brandes wird die impoante Versammlung gegen 2 Uhr mit einem dreimaligen brauenden Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossen.

Schuhmacher.

Die Vorkänge in der Grünbergischen Schuhfabrik lautete das Thema einer am 5. d. M. in der „Krone“ abgehaltenen öffentlichen Versammlung aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Das einleitende Refe-

rat in der gütigsten Veranlassung hielt der Vorstand des Vereins vom Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschlands, die...
 Der Sekretär erstellte eingehend, wie durch
 fortwährende Erfindungen und Verbesserungen von Maschinen in
 der Schuhindustrie das Gewerbe fortwährend großen Umbauungen
 unterworfen ist. Die jetzt nun auch hier in der Grünbergischen
 Schuhfabrik eingeführten neuen Maschinen haben wieder zur Folge
 gehabt, daß die Tätigkeit des Schuhmachers, welche bisher von ge-
 weisenen Zwischern ausgeübt wurde, jetzt als Teilarbeit von 8 bis
 10 Personen ausgeübt wird. Durch eine derartig durchgeführte
 Arbeitsteilung kann der Fabrikant mehr ungelernete und jugend-
 liche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen und hat auf diese
 Weise den Vorteil von den Erfindungen neuer Maschinen. Die
 Mehrzahl besteht wiederum darin, daß ein Teil gelernter Arbeiter
 überflüssig wird und fortgesetzt neue Differenzen und Lohnstreitig-
 keiten entstehen. Die Tatsache, daß in der Grünbergischen Schuh-
 fabrik schon ein großer Teil der bisher Beschäftigten durch die neuen
 Maschinen arbeitslos geworden ist, müßte auch die letzten nach-
 fern stehenden Kollegen und Kolleginnen veranlassen, endlich für
 eine geschlossene streife Organisation zu sorgen, damit nicht nur
 die Arbeiter das Elend neuer Erfindungen zu kosten bekommen,
 sondern durch entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit auch einen
 Anteil an den Ertragschancen der Fabrik haben. Bisher war
 es fast unmöglich, mit den schnell aufeinander folgenden Erfin-
 dungen in der Schuhwarenbranche gleichen Schritt in der Ausbreitung
 der Organisation zu halten. — Aus der Mitte der Verammlung
 wurde in eingehender Weise dargelegt, daß die Lohn- und Arbeits-
 bedingungen in der Grünbergischen Fabrik derartig seien, daß im
 Falle einer Veröffentlichung kein Kollege von auswärtigen sich nach
 diesem Dorado sehnen würde. Nach längerer lebhafter Debatte
 wurde nachfolgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Ver-

bandstellung wird beantragt, bei der Firma Grünberg vorzulegen
 zu werden, damit bei Einstellung von Arbeitern in erster Linie
 die job- Entlassenen berücksichtigt werden.“

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 6 Pf. Bei Anlegung von Manu-
 skripten für diesen Zeit muß kein der dabei zu entrichtende Betrag beigefügt werden
 Andernfalls erfolgt keine Aufnahme.
Männergesangsverein Vorwärts, Alte Neustadt. Mitt-
 woch abend 8 Uhr Übungsstunde Moldenstr. 26. 442
Arbeiter-Gesangsverein Freundschaft, Neustadt. Unse
 Übungsstunde findet nicht mehr Dienstag, sondern von jetzt ab regel-
 mäßig Donnerstag bei Aug. Bartels, Fabrikstr. 5-6, statt. 443
**Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter Ham-
 burg (E. S. Nr. 29), Filiale Sudenburg.** Verammlung Sonntag den
 11. Februar, vorm. 11 Uhr, bei Alb. Raumann, St. Michaelstr. 16

Briefkasten.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den Wahlkreis
 Osterburg-Stendal.** Zur Deckung der Parteitage-Delegationskosten
 sind von den Stendaler Gewerkschaften eingegangen: U. 18 leer, U. 19,
 Zigarrenarbeiter, 3,50. U. 20, Schneider, 2,75. U. 21, durch Steinhilf,
 0,80. U. 22, Tischler, 2,55. U. 23, Berggolde, 13,60. U. 24, Zigarren-
 arbeiter, 3,55. U. 25, durch Gracble, 3,80. U. 26, durch Gangler,
 2,20. U. 27, durch Teimper, 1,00. U. 28, Maister, durch Holz, 8,40.
 U. 29, do., 10,00. U. 30, do., 6,50. U. 31, do., 8,30. U. 32, Ver-
 golde, 14,55. Zusammen 81,50 Mark.
 Stendal, den 4. Februar 1906. Frage.

Wasserstände.

Ayer, Oger und Molbau.			
3. Febr.	+ 0.12	4. Febr.	+ 0.08
	+ 0.20		+ 0.15
	+ 0.01		+ 0.01
	+ 0.28		+ 0.14
			0.04
			0.05
Instrut und Saale.			
4. Febr.	+ 1.75	5. Febr.	+ 1.55
	+ 0.98		+ 0.98
	+ 2.56		+ 2.62
	+ 2.30		+ 2.38
	+ 1.86		+ 1.90
	+ 1.86		+ 1.84
	+ 1.84		+ 1.78
Elbe.			
3. Febr.	+ 0.06	4. Febr.	+ 0.07
	+ 0.29		+ 0.18
	+ 0.09		+ 0.04
	+ 0.15		+ 0.07
	+ 0.15		+ 0.25
	- 0.90		- 0.99
	+ 1.38		+ 1.25
	- 1.38		+ 2.28
	+ 1.83		+ 1.83
	+ 2.28		+ 2.29
	+ 1.96		+ 1.96
	+ 1.96		+ 1.93
	+ 2.92		+ 2.85
	+ 2.59		+ 2.67
	+ 2.02		+ 2.07
	+ 2.11		+ 2.24

**Ball-
Schuhe**
empfehlen billigst
Wilh. Coors
2317 Schuhwarenlager
Sudenburg
Halberstädterstraße 116.

Schiebelehren
250x75 mm, 4 Nagen, Wu-
lax 3, Lochmessen: Mt. 3.50
Edm. Bölsche
Halberstädterstr. 110.
Bestellungen von außerhalb
werden prompt erledigt.
Lemsdorf.
Reparaturen an Uhren
dauer u. äußerst billig unt. Garantie.
E. Becker, Marienstr. 6,
im Hause des Herrn Basse.

Schularartikel empfiehlt die Buchhandlg. Volksstimme
Der grosse, renommierte
Circus
Sarrasani
kommt wieder
Offerten über Spedition des Circus-
Materials und Lieferung von Futrage
(Queetschhafer, Hafer, Heu, Stroh,
Häcksel, Weizenschale) frei Circus,
alles mit äusserster Preisangabe,
ehestens erbeten an Circus Sarrasani,
Göttingen. 2585

Walhalla.
Das großartige
Februar-Programm.
Nur Spezialitäten
ersten Ranges
Unabdinglich stürmischer Erfolg!

Nachruf.
Am 4. Februar verstarb nach
langem Leiden unser Mitglied
Fritz Mühlmann.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm 2554
**Die Zahlstelle der Zimmerer
Magdeburgs.**
Die Beerdigung findet von
der Neustädter Friedhofstabelle
Mittwoch um 1/3 Uhr statt.

Deutscher Metallarb.-Verband
444 Verwaltung Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28.
Verammlung der bei G. Polte
beschäftigten Mitglieder
am **Mittwoch den 7. Februar, abends 7 Uhr, im**
großen Saale der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstr.
Kollegen und Kolleginnen! Sorgt für einen starken Besuch dieser
Verammlung.
Die Verwaltung.

Burg
Sozialdemokratischer Wahlverein.
Donnerstag den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr
im „Hohenzollernpark“ 2581
Versammlung
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905.
2. Bericht des Preßkommissionsmitgliedes.
3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Odeum. Halberstadt. Odeum.
Sonntag den 11. Februar, von abends 6 1/2 Uhr ab
Grosser Maskenball
unter gütiger Mitwirkung des Arbeiter-Turnvereins „Freiheit“.

Neu! Rigenzeigen. — Spanierreigen. — Dekorations- und Illuminationsreigen, aus-
geführt von 50 Personen. — Die lustigste Stunde der alten Weiber. Großer Lach-
erfolg. — Großes Strandfest mit anschließendem Fischreigen. — Blumen- und Schirmtanzen, aus-
geführt von 16 Personen. — Massenpyramiden mit großer Illumination, ausgeführt von 100 Personen.
Herrn-Maskenfarten 1 Mark. — Damen-Maskenfarten 50 Pfg.
Zuschauerkarten im Vorverkauf 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg.
Karten sind im Vorverkauf zu haben in den Pige-zuggeschäften A. Albert und Ed. Gebbel,
Johannesbrannen, Michaelis, Dominikanerstr., Kolben, Schuh- und Schuhwaren, M. Vollmann,
Salemstraße, Winter, Salemstraße, im Gewerkschaftshaus, Zerbsterstr., im „Odeum“, bei Fr. Krebs
und beim Kostengartener Rabe, Hauptstraße, ferner im Barbiergeschäft Währe, Gröperstraße.

Im Zirkus
Täglich abends 8 Uhr
Das schlimmste Weib von London.
Heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr
Sneewittchen und die sieben Zwerge
Erwachsene zahlen auf allen Plätzen, außer Loge, 20 Pfg.,
Kinder 10 Pfg.
Morgen Donnerstag
Das schlimmste Weib von London.
Anschließend
Großer Bühnen-Maskenball.

Städtisches Orchester
Köhlers Konzerthaus
Schönebeckerstr. 127
Mittwoch den 7. Februar
abends 8 Uhr 2552
Grosses
Volkskonzert.
Leitung: Kgl. Musikdirektor
Joseph Krug-Waldsee.
Eintrittskarten
im Vorverkauf 20 Pf.
an der Kasse 30 Pf.

Stadt-Theater.
Mittwoch den 7. Februar 1906.
Alt Heidelberg.

Buckau Restaurant zur Bleibe Buckau
— Zerbsterstraße 29 — 1007
Sonabend den 10. Februar 1906
Grosses Narrenfest
mit musikalischer Unterhaltung.
Freundliche ladet ein **Otto Bruckmüller.**

Halberstadt.
Eine öffentliche Versammlung, welche sich mit dem
Koalitionsstreik der städtischen Arbeiter
bezieht, findet am **Mittwoch den 7. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr,**
im „Odeum“ statt. Referent: Verbandssekretär der städtischen Ar-
beiter, **Graße Alwin Moke,** Berlin.
Der Arbeiter Halberstadts wollen in Massen an der Versammlung
teilnehmen.
Der Einberufer.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Beerdigung
meines lieben Mannes und unsres sorgsamten Vaters, des Restaurateurs
Carl Bärsch, sagen wir allen Teilnehmern unsern innigsten Dank.
Besonderen Dank dem Fabrikarbeiter-Gesangsverein „Sangesfreund“ für
den erhabenen Gesang am Grabe. 2584
Schönebeck, den 6. Februar 1906.

Witwe Elisabeth Bärsch
nebst Kindern.

Standesamt.
Magdeburg-Stadt, 5. Febr.
Aufgebote: Friseur Maximilian
Sahzka in Viegitz mit
Helene Dieder hier. Einarbeiter
Karl Reimann mit Rosa Müller.
Goldschmied Erich Serede mit Maria
Hannig. Geschäftsführender Friedrich
Ranbahn mit Friederike Neufisch-
geb. Weber. Fabrikarbeiter Karl
Friedrich Stein mit Berta Köster.
Kaufmann in Heddingen. Restaurat-
eur Albert Lederbogen in Mainz
mit Elise Marie Künne hier.
Bügelarbeiter Heinrich Ernst Wil-
helm Wäcker mit Emma Elisabeth
Blumenthal in Waderleben. Kauf-
mann Heinrich Benedek mit Frida
Klingenberg in Biederitz. Artift
Willy Rudolf mit Selma Wöhrling.
Bureauvorsteher Walter Kersten in
Berlin mit Alma Traupe hier.
Geburten: Willi, S. des Ar-
beiters Wilhelm Keitel. Hans, S.
des Herrenkleidermachers Wilhelm
Scherff. Rudolf, S. des Arb. Alb.
Anton. Hork. S. des Divisions-
pjärsers Willi Richter. Helene, S.
des Schuhmachers Andreas Froje.
Dewald, S. des Wäders Oskar
Wenzel. Hans, S. des Kaufmanns
Gustav Hedmede Rosa, S. des
Tischlers Friedrich Adam. Walter,
S. des Arbeiters Wilhelm Funke.
Wilhelm, S. des Kutschers Friedrich
Buchmann.
Todesfälle: Therese geb.
Erminich, Ehefrau des Zigarrenmachers
Wilhelm Kehrweider, 59 J. 10 M.
25 J. Zimmermann-Invalide Wil-
helm Friedrich Mühlmann, 46 J.
7 M. 27 J. Schlosser Wilhelm
Regener, 37 J. 9 M. 14 J. Jo-
hanna, T. des Drehers Willibald
Bora, 10 M. 8 J. Jise, T. des
Berichtungsbeamten Walter Müller,
11 J. Irene, T. des Zahnmeisters
Wilhelm Borbeck, 1 J. Marie geb.
Bätsche, Ehefrau des Galvaniseurs
Maximilian Kotte, 47 J. 5 M. 10 J.

Karl Ludwig, Walter, S. des Arb.
Herrn Burchardt.
Todesfall: Anna, T. des
Arb. Gustav Krause, 16 M. 5 J.
Westerhüsen.
Aufgebote: Arb. Martin Stör-
mann in Popeliew mit Anastasia
Wirtus in Schwornigau.
Eheschließung: Töpfer Friedr.
Willy Aug. Veymann in Berlin mit
Frida Hedwig Elisabeth Veymann
hier.
Geburten: Heinrich, S. des
Tischlers Hermann Eckart. Erna
Helma, T. des Fuhrmanns Gustav
Linde. Ernst, S. des Arbeiters
Hermann Rade.
Todesfälle: Hermann Ernst,
S. des Drehers Herm. Meyer, 4 J.
Wally Anna, T. des Schlossers Paul
Reichert, 4 M. 30 J. Erna Helma,
T. des Fuhrmanns Gustav Linde,
8 J.
Afcherleben.
Geburten: S. des Kaufmanns
Hermann Viebrack. S. des Stein-
druckers Franz Daugenberg. S. des
Kaufm. Julius Höpfer. Jwillingh.
des Arbeiters Otto Jerner. T. des
Zimmerm. Herrn. Weitzschuh. T. des
Kaufmanns Franz Henneke.
Todesfälle: Witwe Luise
Kriger geb. Witt, 74 J. 9 M. 1 J.
Burg, 5. Februar.
Geburten: S. des Handels-
manns Franz Giese. S. des Tischlers
Gustav Lilpp. S. unehelich. T.
des Kupferschmieds Karl Weilluh.
Todesfälle: Witmedes Schuh-
machers Eduard Voit, Charlotte geb.
Reincke, 72 J. Arbeiter Friedrich
Günze, 76 J.

Wilhelm-Theater.
Mittwoch den 7. Februar 1906
Gastspiel des Fräulein Farga Hansen
und Herrn Jonek Komze zum Bene-
fiz Alb. Sontoneff
Der Zigeunerbaron.

Schönebeck.
Aufgebote: Bügelarbeiter
Albert Wolf in Groß-Salze mit
Hedwig Labbeck hier. Fabrikarb.
Richard Wöllert hier mit Luise
Zeuchner in Groß-Salze.
Eheschließungen: Schiffer
Louis Schramme mit Helene Deich-
juf. Tischler Hermann Kahle in
Magdeburg mit Luise Hoppe hier.
Schiffbauer Karl Nöh mit Elisabeth
Kahne. Berggolde Otto Heinemann
in Magdeburg-Stadt mit Anna
Sandau hier. Arbeiter Karl Glad
mit Ida Gerstenberg.
Geburten: Theodor, S. un-
ehelich. Bruno, S. des Postkassners
Fr. Raumann.
Todesfall: Meta, T. des
Fabrikarb. Friedrich Knape, 2 J.
Stassfurt.
Aufgebote: Bretterhändler
Albert Schuch mit Vererine Susanne
Jacobi. Kesselschmied Gustav Weber
in Bitterfeld mit Köchin Emma Metz
in Heddingen.
Eheschließungen: Arbeiter
August Tempelhoff mit Friederike
Welsdorf. Arbeiter Friedrich Krüger
in Calbe a. S. mit Minna Koch hier.

Lamit ist die Wahlreform in Bayern endgültig gesichert. Die Sicherung erfolgte an demselben Tage, zu derselben Stunde, in der im preussischen Dreiklassenhaus die Bitte der sechs sozialdemokratischen Preußen unter dem Spott, dem Hohn und dem Gelächter der funkerlichen und blügelichten Schichten „begraben“ wurde.

Die Mainlinie ist wieder da. Diesmal wird sie aber nicht von Preußen, sondern gegen Preußen besiegelt werden.

Eine österreichische Wahlrechtsmanifestation.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:
Am Sonntag fand in Paris eine wohl in ihrer Art einzigartige Manifestation statt, die Zeugnis ablegte, wie tiefgreifend die Wahlrechtsbewegung in Österreich wirkt. Die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten, die in Österreich domizilieren, hatten sich im fernen Frankreich zusammengefunden, um ihre Stimme für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu erheben.

Die Versammlung, der Genosse Maus, Professor an der Sorbonne, präsidierte, leitete Genosse Meslier, Deputierter der französischen Kammer, mit einem Referat ein. Hierauf sprachen die verschiedenen Vertreter der verschiedenen Nationalitäten in ihrer Muttersprache, und zwar Deutsche, Tschechen, Magyaren, Slowaken und Polen.

Zum Schluß nahm die von mehr als 500 Personen besuchte Versammlung eine längere Resolution zugunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts an.

Oesterreich.

Noch nie dürfte Galizien eine so hochgehende politische Bewegung gesehen haben wie jetzt. In Lemberg fand dieser Tage am Franz Joseph-Berg ein gewaltiges, ruffenisches Wahlrechtsmeeting statt, an dem mehr als 30 000 Personen teilnahmen. Zehn Sonderzüge brachten die Delegierten, die aus allen Teilen des Landes zusammengekömmt waren, nach Lemberg und zurück. Die Bauern, die sich in ihrer Nationaltracht, waren schon im Laufe der Nacht eingetroffen. In der Versammlung hatten die einzelnen Gruppen ihren bestimmten Standplatz, unter den zahlreichen Standarten und Emblemen sah man auch rote Fahnen. Die ruffenischen Bauern erklärten in der sehr lebhaften Debatte, die den Reden der Demokraten und Sozialisten folgten, die polnische Schmachta als den Feind; die Resolution für das allgemeine, gleiche Wahlrecht wurde unter großer Begeisterung angenommen. In ganzen haben bisher 700 ruffenische Versammlungen stattgefunden; außerdem sind an 300 verboten worden. Einer so allgemeinen, tiefgehenden Volksbewegung gegenüber gibt es kein Jurid mehr, die österreichische Regierung wird ihre Versprechen einlösen müssen.

Am 1. Februar bekamen die Wiener Volksschullehrer zum erstenmal die nach dem neuen Schulgesetz erhöhten Gehälter ausbezahlt. Diese wären eigentlich schon am 1. Juli fällig gewesen. Die Lehrer erfuhr auch nun erst, in welche Gehaltsklasse der einzelne gekommen. Bisher war dies in tiefster Geheimnis gehüllt worden. Jetzt zeigte sich die ganze Verwerflichkeit des Wiener antisemitischen Regiments. In der ungerechtesten Weise hat man alle Kitzelnde der Merkmalen Bezirksamte bevorzugt, indem man sie in die höchsten Gehaltsklassen einreichte; die Unschädeln der städtischen Bezirksinspektoren hatte die Wiener Katholische Unschädeln unbedacht gelassen, sie hat ihre christlichsozialen Protektionen und Parteiagitatoren in ganz schamloser Weise beschenkt auf Kosten der anspruchsberechtigten, nützlichen, aber nicht merkmalen Lehrpersonen. Die Lehrerschaft ist über diese Ungerechtigkeit in hellem Aufruhr. Jeder einzelne wird den Beschwerdeweg beschreiten müssen, andernfalls wird auch dieses schreiende Unrecht rechtskräftig. Öffentlich finden die Wiener Lehrer auch sonst die richtigen Mittel, sich gegen diese pikaresken Vergevaltigung zu wehren.

Ungarn.

Der Minister des Innern Kristoffy, der bekanntlich die Wahlreform angeregt hat, wird aus dem Ministerium scheiden, weil er zu den strengeren Maßnahmen, die gegenüber den Ministern in Aussicht stehen, seine Einwilligung verweigert. Das Geschwornengericht sprach den Journalisten Jenyes frei. Er war der Majestätsbeleidigung angeklagt, da er den König des Sidbruchs beschuldigte, weil am 4. Januar 1906 der Reichstag im ex lege-Zustand aufgelöst wurde. Die Geschwornen bezeichnen den Sidbruch als Tatsache. Das Urteil ist rechtskräftig. Die Unterhandlungen zwischen der koalitierten Opposition und der Krone haben sich wieder einmal zerfallen. Nun strengen Hoffuth, Apponyi und Konjorken ihre Köpfe an, um plausible Vorwände für ihren vollen Rückzug zu erfinden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 6. Februar 1906.

Vom Provinziallandtag.

In Merseburg ist gestern der Provinziallandtag der Provinz Sachsen zusammengetreten. Er nahm zuerst eine Rede des Herrn von Bötticher entgegen, darauf noch eine des Alterspräsidenten, der Wilhelm 2. als den begabtesten und hervorragendsten aller lebenden Monarchen bezeichnete, und machte sich dann an die Erledigung seiner Geschäfte. Für eine Stiftung aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaisers werden 180 000 Mark verlangt. Im Ganzen balanciert der Etat mit 7 654 000 Mark. Am ersten Tage unterhielt man sich besonders über die Vereinigung der Feuersozialisten, die für das Magdeburger Bürgertum deshalb interessant ist, weil die Vereinigung mit einer Verlegung der hiesigen Anstalt nach Merseburg verbunden ist, wodurch unsere Stadt ein Duzend Beamte verliert. Grund genug zur Aufregung für die Spieler. Es wird aber dabei bleiben.

Die sonstigen Verhandlungsgegenstände boten wenig Interesse.

Von der städtischen Milchsterilisationsanstalt. Den Stadtverordneten ist eine Vorlage des Magistrats zugegangen, in der die Mitteilung gemacht wird, daß die Milchsterilisationsanstalt in der Koseritz, wie man ursprünglich angenommen hatte. Anstatt der bewilligten 9000 Mark mußten jetzt schon rund 20 000 Mark, genau 19 350 Mark, verausgabt werden. Auch die Betriebskosten sind bedeutend höher, wie ursprünglich angenommen wurde. Es werden jetzt täglich 640 Liter Milch verarbeitet und verteilt. Wäre pro Monat 4772 Mark erforderlich, im Jahr also rund 57 000 Mark. Die Einnahmen betragen rund 12 000 Mark, der städtische Zuschuß also etwa 40 000 Mark pro Jahr. Wenn dadurch eine Herabminderung der Kindersterblichkeit erzielt wird, ist die Ausgabe natürlich nicht zu hoch. Der Magistrat bemerkt darüber in seiner Vorlage:
Dieser Tatsache gegenüber müssen wir uns die Frage vorlegen, ob denn auch der Erfolg den hohen Aufwendungen entspricht. Die Einrichtung, welche wir getroffen haben, ist folgende: Als mit dem Betrieb begonnen werden sollte, ließ sich hier zunächst ein Arzt nieder-

welcher die Behandlung der Kinder und besonders der Säuglinge jahrelang als Spezialstudium betrieben hatte und Privatdozent für Kinderkrankheiten an der Universität Breslau war, der Dr. med. Kessler, Kaiserstraße 18. Dieser übernahm nicht nur die Milchsterilisationsanstalt, sondern hält für die Säuglinge aus den ärmeren Familien unentgeltlich Konsultationen ab in der Koseritz Dienstags und Mittwochs im Augustinerkloster, in der Koseritz Donnerstags, Auguststraße 3, in der Sudenburg Freitags, im Rathaus, und in Budau Sonnabends, ebenfalls im Rathaus, vormittags von 9 Uhr ab, und auch seine Sprechstunde nachmittags steht den Müttern offen. In dieser Konferenz werden die Kinder eingehend besichtigt, gewogen, ihr körperlicher Zustand wird mit den Müttern besprochen und es werden für die weitere Pflege und Behandlung des Kindes die zweckmäßigsten Ratschläge erteilt. Diejenigen Mütter, deren Mütter es verabsäumen, sie dem Arzte vorzuführen, werden durch die drei von der Armenverwaltung angeordneten Frauen besonders beaufsichtigt. Nach der Versicherung des Arztes müssen diese Einrichtungen: die Verteilung der sterilisierten Milch, die Behandlung der Säuglinge durch einen vorzüglich ausgebildeten Kinderarzt und die Beaufsichtigung durch die benannten Frauen die Kindersterblichkeit in Magdeburg, das bekanntlich etwa 1/4 der Säuglinge durch den Tod verliert, vermindern, sie werden einen so günstigen Einfluß ausüben, daß sich derselbe schon nach Verlauf eines Jahres bemerkbar macht. Wir haben die feste Zuversicht, daß etwas Segensreiches für unsere Stadt geschaffen ist und die Kosten dafür durch den Erfolg reichlich aufgewogen werden. Schon jetzt ist durch den Arzt festgestellt, daß von 1350 Säuglingen, welche die Milch erhalten haben, in etwa 3 1/2 Monaten nur 22 gestorben sind, während sonst die Kindersterblichkeit im Winter etwa 17,5 Prozent beträgt.
Der Magistrat ist also guter Hoffnungen voll und wir möchten wünschen, daß er recht behält. Trist das ein, dann darf die Milchsterilisationsanstalt einen noch höheren Zuschuß erfordern. Der Magistrat schlägt aber trotzdem eine Erhöhung der Einnahmen vor durch Verkauf der Milch auch an solche Leute, die mehr wie 1500 Mark Einkommen haben. Nach dem Vorschlage der Armenverwaltung soll die Milch

den Stadtarmen unentgeltlich, den Familien bis zu 1000 Mark Jahreseinnahme für 10 Pfg. pro Liter, den Familien bis zu 1500 Mark Jahreseinkommen auch noch unter dem Einkaufspreis, zu 15 Pfg. pro Liter, denjenigen zwischen 1500 und 2000 Mark Jahreseinnahme für 25 Pfg. pro Liter, denen zwischen 2000 und 2500 Mark für 30 Pfg. das Liter und denen über 2500 Mark für 40 Pfg. das Liter abgelassen werden, wobei Ausnahmen von der Armenverwaltung in Einzelfällen zugelassen werden können. Vernünftigerweise will der Magistrat auf die Milchhändler, die schon vor einiger Zeit einmal in einer Versammlung gegen die städtische Milchsterilisationsanstalt Sturm liefen, keine Rücksicht nehmen, worin ihm hoffentlich die Stadtvorordneten beistimmen. Denn höher wie die Profite der Milchhändler steht die Notwendigkeit, die Kindersterblichkeit herabzumindern, und wenn die Stadt wirklich gute Milch liefert, kann die Bevölkerung sie auch von der Stadt beziehen. Der Magistrat kündigt zugleich an, daß die Anstalt aber noch vergrößert und verbessert werden müsse. Es empfehle sich, die Anstalt nach dem Schlachthof zu verlegen. Die Milch sei auch, nach Ansicht des Spezialarztes, noch nicht gut genug. Das erfordert also weitere Kosten, die später bewilligt werden sollen.
Für das Jahr 1905 stehen der Stadt 833 040 Mark Sparkassenüberschüsse zur Verfügung, davon 416 500 Mark für gemeinnützige Zwecke. Daraus ergibt sich, meint die Magistratsvorlage, daß wir uns die Ausgaben für die Milchsterilisationsanstalt leisten können. Das ist auch unsere Meinung, bei zahlreichen bürgerlichen Stadtvorordneten wird allerdings, so fürchten wir, die Magistratsvorlage keinen kleinen Schrecken erzeugt haben. Aber die Herren werden nun wohl nachlassen, denn A haben sie gesagt, B wird folgen müssen.

Köhlers Ball- und Gesellschaftshaus wird den Magdeburger Arbeitern zu Versammlungen verweigert. Besucher des Volkskonzerts, die der Arbeiterschaft angehören, haben die Pflicht, die Beschlüsse der Versammlungen vom Freitagabend voriger Woche zu beachten. Ein Konzert kann man auch genießen, ohne das gefüllte Bierglas vor sich.

Aufrühr im Bädergewerbe. Eine Anzahl hiesiger Bäderlehrlinge, die zu Ostern ihre Lehrzeit beenden, hatten infolge gegenseitiger Aussprüche und der gerade in ihrem Beruf so traurigen Arbeitsverhältnisse die Notwendigkeit der Organisation begriffen. Sie hatten beschlossen, nach beendeter Lehre sofort dem Zentralverband der Bäder beizutreten. Einige der Lehrlinge waren sogar dem Verbande schon beigetreten, auch trotz Vorhaltungen in der Fortbildungsschule und Drohungen der Meister, daß sie die betreffenden nachlernen lassen wollten, nicht wieder ausgetreten. Eine derartige Dreistigkeit der geplanten Lehrlinge, über vorhandene Mißstände nachzudenken und auf deren Abschaffung zu sinnen, auch den dazu allein richtigen Weg einzuschlagen, konnten sich die ehrsüchtigen Herren vom Badtrog nicht länger gefallen lassen — am Freitag den 26. Januar mußten sich acht Sünder vor dem Bäderinnungs-Schiedsgericht wegen ihres frevelhaften Tuns verantworten. Die Lehrherren waren der Ansicht, daß gegen die ihrer väterlichen Fürsorge unterstehenden Lehrlinge sehr streng vorgegangen werden müsse. Ein Badher aus Budau erklärte, daß die Lehrlinge solche Schläge erhalten müßten, daß sie an den Wänden in die Höhe kletterten. Etwas lebenswichtiger war ein Herr aus der Königstraße, der die Sünder mit 1/4 jährigem Nachlernen bestrafen wollte. Da aber die Lehrlinge erklärten, nun aus dem Verband austreten zu wollen, kamen sie mit keinem Verweis davon. Das Handwerk ist wieder einmal gerettet! Sind auch die Verhältnisse im Bädergewerbe infolge Einschreitens des Bäderverbandes im Laufe der letzten Jahre etwas verbessert worden, so steht doch fest, daß trotzdem gerade im Bädergewerbe noch eine große Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte herrscht, der manche Meister sogar ihr geschäftliches Blühen und Gedeihen in erster Linie verdanken. Selbst die nach unserer Ansicht ungenügenden gesetzlichen Vorschriften werden noch übertreten resp. außer acht gelassen von manchem Herrn Meister aus „väterlicher Fürsorge“ für seine Lehrlinge. Dies ist besonders zu beachten seitens derjenigen Arbeiter, die ihre Söhne Bäder werden lassen wollen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt uns mit, daß der Vorstand des Gewerkschaftsvereins eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung nach der Deutschen Fahne einberufen hat, zu der sämtliche Metallarbeiter Magdeburgs eingeladen sind, und in welcher das Verhalten des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegenüber dem Gewerksverein (S. D.) auf der Tagesordnung steht. Die „Fahne“ ist eines der allerkleinsten Lokale Magdeburgs. Es ist nicht recht zu verstehen, was die Einberufung einer Versammlung mit solcher Tagesordnung in diesem Lokale bedeuten soll. Die organisierten Metallarbeiter lehnen deshalb eine Beteiligung an dieser Versammlung ab, sind aber sofort bereit den Behler und Genossen ihre erbärmlichen Handlungen um die Ohren zu schlagen, wenn ihnen dazu die Gelegenheit in einem großen Lokale Magdeburgs gegeben wird.

Zur Ermordung des Versicherungsbeamten Hartmann wird heute mitgeteilt, es stehe fest, daß Hartmann am 16. Januar 1904 in Leipzig in einer Wohnung in der Laßstraße ermordet wurde, wo Hoffmann und ein später ins Freizeitshaus eingesperrter Franz Bloch sich eingemietet hatten. Die Leiche wurde durch einen Dienstmann in einem Koffer zum Bahnhof gebracht. Hoffmann, der gleich-

zeitig mit Hartmann bei der „Wilhelma“ angestellt war, hatte den Bloch gefaßt, einen Geldschrank zu berauben, zu dem Hartmann den Schlüssel hatte. Da sich Hoffmann nicht mühte und kräftig genug zur Ausführung seines Anschlags läßt, ließ er einen ihm bekannten, unerschrockenen und starken Mann namens Bloch aus Wien kommen und gewann ihn zur Mithilfe. Nach der Aktion der Leiche Hartmanns scheint dieser ermordet worden zu sein. Hoffmann schiebt die ganze Schuld auf den im Freizeithaus sitzenden Bloch, dieser habe die Tat begangen, während er auf der Straße gewartet habe. Der jüngere Bruder Blochs hat die Sache zur Anzeige gebracht.

Schwerer Unfall. Dem Arbeiter Wilhelm Schulte aus Budau fiel heute vormittag im Mühlentor von Hildebrandt, Schönebiederstraße 84, ein Stapel Sack auf den Körper. Er erlitt schwere innere Verletzungen und eine Verletzung des linken Unterschenkels. Der Verunglückte wurde von der Sanitätskolonne nach der Sudenburger Krankenhaus gebracht.

Bei einer Schlägerei in der Nähe der Strombrücke wurde am Montag nachmittag der Arbeiter Schubert ziemlich schwer am Kopfe verletzt, so daß seine Wiedererholung in die Krankenanstalt Kaserstr. notwendig wurde. Er war geschlagen, getreten und auch gestochen worden.

Der große Zirkus Carrasani, welcher vor Jahren zwei früheren Gastspielen bei der hiesigen Bevölkerung noch in gutem Andenken steht, wird Ende dieses Monats zum dritten Male in unserer Stadt seinen Einzug halten und im Zirkusgebäude in der Königstraße eine Reihe von erstklassigen Vorstellungen veranstalten. Das Unternehmen hat sich bedeutend verbessert, und verspricht außer einer stattlichen Anzahl der edelsten Schuls- und Freizeitspender noch über zwei indische Elefanten, die wegen ihrer staunenerregenden Dressur überall die größte Bewunderung erregen. Daß auch das gesamte Artistenpersonal ein durchweg erstklassiges ist, dafür bürgt das brillante Renommee des Zirkus, dem von seinen Gastspielen in Berlin, Dresden, Hamburg, Altona, Breslau, Danzig, Königsberg die besten Referenzen zur Verfügung stehen.

Im Zirkus findet Donnerstag ein großer humoristischer Maskenball statt. Direktor Samsl bittet uns, darauf hinzuweisen, daß die Besucher der Donnerstag-Abend-Theatervorstellung das Recht haben, dem Maskenball als Zuschauer unentgeltlich beizuwohnen. Die Vorstellung („Das schlimmste Weib von London“) beginnt um 8 Uhr, der Maskenball um 10 Uhr. Während des Balles finden humoristische Vorträge statt. Mittwoch nachmittag wird im Zirkus „Sneewittchen und die sieben Zwerge“ aufgeführt.

Legte Nachrichten.

Die russische Revolution.

London, 5. Februar. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, daß die Urrufen in Wladivostok fortgedauert. Ein englischer Dampfer, der in Wlaj aus Wladivostok angekommen ist, bringt die Nachricht, daß die Artillerie fortwährend im Kampf gegen die Meuterer stehe. Der Kommandierende Admiral des Hafens wurde von den Meuterern getötet. Die verbliebenen Truppen errichteten neue Verteidigungswerte, um die Stadt gegen die Angriffe der Meuterer halten zu können. Eine Hungersnot droht die schreckliche Lage noch schrecklicher zu gestalten.

Sebastopol, 5. Februar. Der Prozeß gegen Leutnant Schmidt, den Kommandierenden des letzten Flottendienstes, hat heute begonnen. Zu Beginn der Verhandlung behaupteten die Verteidiger unter Anführung bestimmter Tatsachen, daß Leutnant Schmidt geisteskrank sei. Schmidt selbst erklärte, daß er mit Bewußtsein gehandelt und bei geeigneter Gelegenheit ebenso handeln würde wie diesmal. Das Kriegsgericht beschloß, keine Untersuchung über den Geisteszustand des Angeklagten zuzulassen. Die Advokaten erhoben hiergegen sofort Beschwerde beim Hauptgericht. — Ein Wangerischer und zwei Kruger sind nach Anapa im Kaukasusgebiet abgegangen, da diese Stadt in den Händen der revolutionären Komitees ist. In Datum finden massenhaft Anschläge gegen Verwaltungsbeamten statt.

Helsingfors, 5. Februar. Die Wähler erhalten einen Entwurf für die neue finnische Volksvertretung. Nach diesem soll der Landtag aus einer Kammer mit wahrscheinlich 200 Mitgliedern bestehen. Die Mitglieder des Landtags sollen auf drei Jahre gewählt werden. Für die Wahlen sollen außer den im Wahlgesez festgelegten Bestimmungen noch folgende Regeln gelten: Wahlberechtigt sind alle finnischen Bürger, sowohl Männer als auch Frauen, welche über 21 Jahre alt sind. Von der Wahl ausgeschlossen sind diejenigen Personen, die sich nicht im Besitz der bürgerlichen Rechte befinden. Wählbar sind alle Personen mit 25 Jahren, in Ausnahmefällen mit vollendetem 24. Jahr. Ein Abgeordneter kann nur in dem Wahlkreis gewählt werden, zu dem er gehört. Strenge Maßnahmen werden gegen Wahlbeeinträchtigung getroffen. Die Landtagsmitglieder erhalten 1400 Mark Tagelöhner jährlich.

Riga, 6. Februar. Als gestern abend Militär das Gebäude eines lettischen Vereins besetzte, um die anwesenden Vereinsmitglieder nach Waffen zu durchsuchen, wurde das Licht verloscht. Hierauf kam es zu unbeschreiblichen Szenen. Mehrere Letten wurden von den Soldaten erstochen.

Berlin, 6. Februar. Nach dem „Borm.“ wurde der österreichische Sozialist Essenberg vom Amtsgericht in Mors wegen Flugblattverteilung zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt. Darnach wurde er zur Polizei vorgeladen, wo ihm die Ausweisung mitgeteilt wurde, da er sich lästig gemacht habe.

Hensburg, 6. Februar. Das Landgericht hat gegen die Verbreiter der sozialdemokratischen Flugblätter Strafbefehle wegen Aufreizung zum Klassenhaß erlassen. So läßt sich das „S. T.“ melden.

Hamburg, 6. Februar. Dem gestern nach Südwestafrika abgegangenen Truppentransport folgte ein weiterer umfangreicher Transport am 28. d. M. An diesem Tage werden zwei Dampfer mit 2 Stabsoffizieren, 18 Oberleutnants und Leutnants, 700 Mann und 1000 Pferden die Küste nach Swakorumund anziehen.

Dödenburg, 6. Februar. Der aus den Kuchrat-Prozessen bekannte Redakteur des „Residenzboten“, Hans Wiermann, wird morgen aus dem Strafgefängnis in Weiche entlassen werden, in dem er wegen Beleidigung des Ministers Ruffstrat 2 1/2 Jahre lang untergebracht war. Biermann ist körperlich seit etwa einem Jahre schwer leidend; seine verschiedenen Begnadigungsgesuche sind abgelehnt worden.

London, 6. Februar. Der „Standard“ meldet aus Brüssel, daß eine belgische Strafexpedition von eingeborenen Aufständischen im Kongo-Freistaat vollständig aufgebrochen wurde. Es finden viele Kämpfe zwischen europäischen Händlern und den eingeborenen Aufständischen statt.

Paris, 6. Februar. Die Inventaraufnahme in den Kirchen der Departements wurde gestern fortgesetzt. Feindliche Rundgebungen werden aus Besancon, Auch, Montpellier und anderen Orten gemeldet.

Gewerkschaftsfartell.

Donnerstag den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr. Sitzung bei H. Nichteich, Knochenhauerufer 27. Tagesordnung: 1. Bericht der Sekretäre. 2. Zur Reform des Gewerkschaftsrechts. (Ref. Gen. Hermig.) 3. Stellungnahme zur Parteikonferenz. 4. Verschiedenes.

Brand-Flussverkauf!

Die durch Feuer, Wasser und Rauch beschädigten Waren werden für jeden annehmbaren Preis verkauft, da das Lager auf jeden Fall geräumt werden muß.

Heinemann & Patermann

Magdeburg
Breitweg 129, Ecke Bandstr.

Herrn-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe.

Viel Geld
erhält man auf jede Wertsache.
Leihhaus
Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
Neu! Vollständig diskrete
Abfertigung. 3302
Privat-Kontor. Zins-
Ermäßigung.
Fernsprecher 2322.

Kopfläuse
jed. Ungez. vert. Thelin, Fl. 50 Pf.
Dep. Löwen-Apoth. Altemarkt 22.
Lackschrift-Plakate
Leinwandbilder usw. werden schnell
und ganz billig angefertigt bei
W. Kuhn jun. Tischlerstr. 17.
Auch nach außerhalb! 2298

Zahn-Atelier
Richard Sass 444
56 Breitweg 56.
Fernsprecher 4403
Teilzahlung gestattet.
Bogenl. Werk, monatl. 4 Mark
(ohne Preiserhöhung).
Strenge Diskretion zugesichert.
Jahreszinsen schmerzlos.
Spezialität: Zement-, Porzellan-,
Kupfer-, Silber-, Gold-Blomben
Zahn-Reinigung. Solide Preise.

Wilhelm Heil
Möbel-Lager
Schrotdorferstraße 1a
neben Konfektionshaus
Ehrenfried Finke

kleiderchränke	28-75	M. u. n. w.
Bertilos	30-60	
kleiderchränke	18-30	
kleiderpiegel	6-24	
strümpfe	14-26	
strümpfe	10-12	
ausziehbare	20-50	
rohrstühle	3-4	
wagenstühle	5.50-7	
zinnmännchen u. konj.	38-85	
häftchen	120-250	
zierchränke	100-150	
serviertische	8-20	
stischstühle	18-24	
mit matrizen	35-70	
waschtisellein	18-40	
brust-diwans	36-45	
blüsch-diwans	50-60	
roquett-diwans	65-85	
diwan im rahmen	80-110	
bancal-diwans	110-250	
chaiselongues	28-50	
blüschgarituren von	140	M. an
küchenchränke	22-33	u. w.
küchenbüfette	37-43	
küchenstühle	2.50-3	
küchenstühle	8-12	
anrichten	18-24	

Ganze Anstaltungen von
200-2500 M. u. w. in
streng reeller Ausführung
Billige Stiefel
nur Altes Brücktor 2

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25-60 M.
Neue Nähmaschinen aller Systeme
unter Garantie
in billiger Preislage.
A. Rose, Breitweg 264
(Scharnhorstplatz).
Kellerei: seit 1865 bestich. Geschäft diej. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
aller Art zu billigsten Preisen. 576

Telegramm.
In Neustadt, Nachtweide 65 vis-à-vis dem Pfeiffer
und Schmidtschen Bar
sollen 3 Waggons emailliertes Geschirr wie Eimer, Koch-
töpfe, Schüsseln,
Kochgeschichten, Bannen, Waschbeden, Nachtgeschirre, Kaffeekannen, Wasch-
töpfe, Eßenträger, Waschpannen, Petroleumlampen, Wasch-
teller, Brotbüchsen und viele andre Sachen spottbillig verkauft werden.
Der Verkauf findet statt am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag.
2575 **Karl Kessel, Emaille-Engros- und Detail-Geschäft.**

Tinte (tief schwarz) empfiehlt die Schneiderin empfiehlt sich i. S.
Buchhdl. Volksstimme. M. Schulz, Halberstädterstr. 112, S. 31
Gänse-Pökelfleisch billig Milchgeschäft 80-85 Liter
bei Moritz Weinberg, Berlinerstr. 1a heischhaber i. d. 3. vert. Nöh. bei G.
Fischer, Sudenburg, Kurfürstenstr. 29


Parfume Hausfrauen verwenden mit
Vorliebe 872
Elfenbein-Seife
Marke „Elefant“ von
Günther & Haussner
Chemie-Kapell.
In fast allen Materialw., Drogerie
und Eisen-Geschäften zu haben.

Kaufe fortwährend
Kanarienhähne
bezahlt pro Stück
4.00 bis 6.00 Mark.
Weibchen von 14 Stück
ab 90 Pf. 2376
Gute Rübsaat bei Abnahme von
10 Pfund 1.60.
J. Tischler, Annastraße 25.
Wohnung zu vermieten, Stube,
2 Kammern u. Küche
Beyendorf, Bahnhofsstraße 48.


Trauer-Hüte
Blusen, Kostümröcke
Kreppe, Flore etc.
in grösster Auswahl
Lange & Münzer
51a Breitweg 51a

BROCKHAUS Erscheint soeben
66 Hefte je 30 Pf.
2 Bände geb. 24 M.
Reich illustriert
KLEINES KONVERSATIONS-LEXIKON
Vorrätig in der...
Buchhandlung
Volksstimme.

J. Brilles
Neustadt, Lübeckerstr. 20.
Trauerhüte
neueste Fassons
sind stets in reichhaltiger Aus-
wahl am Lager. 19

WIR WOLLEN IHR GELD


für die Waren, die wir noch am Lager haben.

Wir wollen Magdeburg verlassen, ohne irgend welche Waren mitzunehmen,
deswegen geben wir Ihnen die Gelegenheit, unsere fabelhaften Imitationen
beinahe umsonst zu kaufen.


Früher 8 Mark **8** Wenn Sie sich **75** Pfennig **8** Früher 8 Mark
das Stück beeilen, dann haben Sie sie für das Stück das Stück
inkl. Fassung

SARITA DIAMANTEN


die feinste Imitation der Welt.
Sarita of New York Isak Blumenthal 47 Breitweg 47


Cravatten-
Nadel.
3023
Früher 8 Mark.
Jetzt 75 Pf.

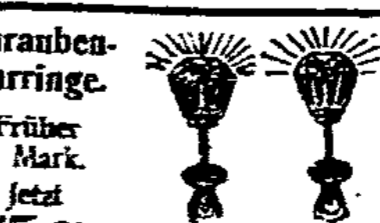

Manschetten-Knöpfe.
Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf.

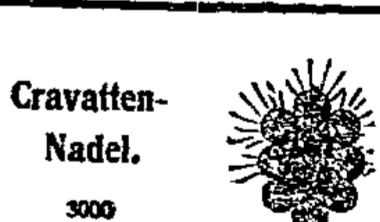

Brosche.
Früher 8 Mark.
Jetzt 75 Pf.


Ring.
Früher 8 Mark.
Jetzt 75 Pf.


Ohr-
ringe.
Früher 8 Mark.
Jetzt 75 Pf.


Ring.
Früher 8 Mark.
Jetzt 75 Pf.


Schrauben-
Ohr-ringe.
Früher 8 Mark.
Jetzt 75 Pf.


Cravatten-
Nadel.
3000
Früher 8 Mark
Jetzt 75 Pf.


Brosche.
1170
Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf.


Ring.
Früher 8 Mark.
Jetzt 75 Pf.